

Ueber die Beziehungen Luzerns und der Innerschweiz zu Frankreich 1792-1795 : nach den Papieren Barthélemys.

Autor(en): **Weber, Alois**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Der Geschichtsfreund : Mitteilungen des Historischen Vereins Zentralschweiz**

Band (Jahr): **113 (1960)**

PDF erstellt am: **24.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-118515>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ueber die Beziehungen Luzerns und der Innerschweiz zu Frankreich

1792 - 1795

nach den Papieren Barthélemys

Von Al. Weber

V O R W O R T

Im Archiv des Außenministeriums in Paris befindet sich eine Briefsammlung: «Papiers de Barthélemy, ambassadeur de France en Suisse 1792—1797», betitelt. Es sind 39 Foliobände, Nr. 424—462 der politischen Schweizerkorrespondenz, wovon 23 Bände Originale und 16 Bände Kopien enthalten. Sie behandeln nicht nur die Beziehungen Frankreichs mit den eidgenössischen Ständen, sondern auch die Gesamtheit der europäischen Angelegenheiten. Für die Geschichte der französischen Diplomatie jener Zeit bedeuten sie ein Monumentalwerk ersten Ranges.

Die wissenschaftliche Erforschung dieser Dokumente wird erleichtert durch ein genaues Register, das seit 1886 in 6 Bänden erschienen ist.

Abgesehen von den Dokumenten, die den offiziellen Verkehr Frankreichs mit Luzern und den eidgenössischen Ständen zum Gegenstand haben und allgemein bekannt sind, enthält die Sammlung eine Reihe von unedierten amtlichen und privaten Korrespondenzen mit interessanten Einzelheiten — wie man hier sehen wird — über das damalige bewegte politische Leben in Luzern und der Innerschweiz, über den Solddienst in Frankreich, das Pensionswesen usw. Alle in dieser Arbeit behandelten Briefe sind in französischer Sprache abgefaßt und werden hier, soweit sie wesentlich sind, in deutscher Übersetzung wiedergegeben.

BARTHELEMY SUCHT EINE NEUE RESIDENZ

Luzern kommt in Betracht

Als Barthélemy 1792 in der Eigenschaft eines Gesandten des Königs von Frankreich in die Schweiz kam, war er bereits ein Diplomat von Erfahrung. Sechs Jahre war er, von 1768 an, in Stockholm tätig gewesen, davon vier unter der Leitung von Vergennes, der dem König Gustav V. zu seinem Staatsstreich verhalf und später der letzte große Außenminister der alten Monarchie wurde. Als Geschäftsträger Frankreichs kam Barthélemy dann nach Wien, wo er am Kongreß in Teschen teilnahm. Hierauf versetzte man ihn in der gleichen Eigenschaft nach London. Er war es, der 1791 der englischen Regierung die wichtige Nachricht von der Annahme der neuen Verfassung durch Ludwig XVI. zur Kenntnis bringen mußte.

Für Frankreich, das 1792 sich mit allen großen Nachbarstaaten verfeindete, war die Gesandtschaft in der Schweiz die wichtigste der ausländischen Vertretungen, ein Zentrum, mit Europa in Fühlung zu bleiben, ein Auskunftsposten ersten Ranges. Mit vollem Recht ist dafür der erprobte Barthélemy ausersehen worden. Seine politisch gemäßigten Ideen konnten die Schweizer, die ja der Revolution abhold waren, nicht erschrecken. Sein heller, aufgeschlossener Geist befähigte ihn, die bunten Rechtsverhältnisse und politischen Zustände der Kantone zu begreifen und sich ihnen anzupassen.

Die Denkschrift, welche Barthélemy bei seiner Abreise von Paris erhielt (22. Januar 1792), enthält die Weisungen für sein Verhalten als Gesandter sowie einen kurz orientierenden Überblick über die Natur und die Bedeutung der Beziehungen zu den Schweizern, wie sie sich gestaltet hatten vom Ende des XVI. Jahrhunderts bis zur Revolution, wo sie der Umsturz zum ersten Male ernstlich gefährdete und die Gesandtschaft in eine sehr heikle Lage versetzte.

Einen Vorgeschmack von all den Schwierigkeiten, die er meistern sollte, bekam Barthélemy bereits bei seiner Ankunft in Solothurn (30. Januar). Er war inkognito gereist und im Gasthof zur Krone abgestiegen. Hier erwarteten ihn, um ihm Bericht zu erstatten, Bacher,

der Sekretär, und La Quiante, ein Gehilfe der seit August 1791 verwaisten Gesandtschaft.

Volk und Regierung von Solothurn verhielten sich feindlich gegen das revolutionäre Frankreich, und diese Stimmung wurde beständig genährt durch den Zustrom von Flüchtlingen wie durch die Anwesenheit des ehemaligen Botschafters de Vêrac, der mit Hilfe von Sendlingen der ausgewanderten Prinzen die öffentliche Meinung beherrschte¹. Was den Gesandtschaftssitz anbelangt, hätte Barthélemy ihn erst beziehen dürfen, wenn er einer Erhöhung des Mietzinses auf Fr. 6000.— zugestimmt hätte, einer übertriebenen Forderung, die wahrscheinlich mit Absicht so hoch bemessen war. Diese Zumutung wies er zurück. Was nun tun? Markten? Das verbot der französische Nationalstolz. Er konnte nur kaltblütig warten, bis die Behörden Solothurns von sich aus günstigere Bedingungen gewähren würden.

Darum beschloß er, im Einverständnis mit Paris, der Ambassadenstadt zunächst den Rücken zu kehren (5. Februar) und inoffiziell — denn die Kantone hatten ihn noch nicht als Gesandten anerkannt — Bern, Luzern, Zürich und Basel aufzusuchen, um mit einflußreichen und günstig gesinnten Persönlichkeiten in Beziehung zu treten und nebenbei die Möglichkeiten einer Verlegung der Residenz in Betracht zu ziehen. Die Reise geschah in Begleitung von La Quiante und mit der erfahrenen Führung von Bacher, dem Land und Leute seit fünfzehn Jahren wohl bekannt waren. In Luzern sprach Barthélemy mit dem Schultheißen Pfyffer von Heidegg und General Pfyffer von Wyer². Sein einnehmendes Wesen und seine feinen, weltmännischen Umgangsformen erwarben ihm rasch die volle Sympathie der

¹ Der verarmte Marquis de Vêrac hatte am 25. August 1789 den Gesandtschaftsposten von Solothurn, der als ertragreich galt, erhalten. Als Anhänger der alten Ordnung reichte er aber bereits am 6. August 1791, aus Protest gegen die Staatsumwälzung in Frankreich, seine Demission ein. «Bei seinem Abgang nahm er unrechtmäßigerweise das Geld mit, das er in den Kassen der Gesandtschaft vorfand, ohne an eine Zurückgabe zu denken.» (Barthélemy an Dumouriez, 30. Mai, 1792). Das neue Frankreich ließ daher die Möbel von de Vêrac beschlagnahmen als Garantie für die Forderung von 20 000 Livres und verlangte die Ausweisung des ehemaligen Gesandten aus Stadt und Kanton Solothurn. Dieser entfloh dann, und so nahm die Ambassadorsherrlichkeit in Solothurn ein unrühmliches Ende.

² Schultheiß Franz Xaver Pfyffer (1726—1796) und Generalleutnant Franz Ludwig Pfyffer von Wyer (1716—1802).

beiden aristokratischen Herren, die in der Folge seine hauptsächlichsten und vertrautesten Korrespondenten in der Innerschweiz wurden.

Von Basel, das Barthélemy am 16. Februar verläßt, kehrt er nach Solothurn zurück. Da aber die Obrigkeit kein Entgegenkommen zeigt und sogar den andern Kantonen empfiehlt, ihn nicht als Gesandten anzuerkennen, gibt er schon nach einigen Tagen diese Residenz auf, und nach einem Abstecher nach Basel läßt er sich vorläufig in Baden nieder (6. März).

Das lange Hin- und Her-Raten Barthélemys sowie der Minister in Paris bis zur endgültigen Wahl einer neuen Residenz, die erst am 15. Juni offiziell bekanntgegeben wird, könnte kaum unser Interesse beanspruchen, wenn nicht auch Luzern als Sitz der Gesandtschaft in Frage gekommen wäre.

Sobald in Paris der Außenminister de Lessart von der andauernd feindseligen Haltung Solothurns benachrichtigt worden war, erhielt Barthélemy die folgenden eventuellen Weisungen:

«Es ist notwendig zu zeigen, daß ein solches Verfahren Solothurns uns nicht kalt läßt. Folglich liegt es in der Absicht des Königs, daß Sie einen andern Ort der Schweiz aufsuchen, wo Sie nicht einer solchen Behandlung ausgesetzt sind. Bisher war es stets Regel und man betrachtete es als schicklich, daß der Botschafter des Königs in einem katholischen Kanton residierte. Freiburg könnte man den Vorzug geben wegen der Nähe Frankreichs. Aber dieser Kanton ist sehr anmaßend, er wird von den andern beneidet, weil er weitgehend das Ansehen einiger seiner Angehörigen benützt hat, um sich in unserm Dienst eine Art Vormachtstellung zu sichern.»

«Eher wäre Luzern vorzuziehen. Früher dachte man, da der Nuntius dort residiert, könnte dies dem königlichen Botschafter ungelegen sein. Es wäre auch zu befürchten, daß die bevorstehende Ankunft eines spanischen Ministers Anlaß zu Rivalitäten geben würde, sowohl was das Anwerben von Truppen betrifft als auch hinsichtlich der Beziehungen zu den Leuten des Landes. Alles das kann sein, aber augenblicklich darf uns das nicht kümmern. Übrigens befinden sich die Gesandten der verschiedenen Höfe überall in der gleichen Ortschaft, und die Geschäfte gewinnen dabei mehr als sie leiden.»

«Abgesehen von Freiburg und Luzern weiß ich nicht, ob eine kleine, im Zentrum des Landes gelegene paritätische Stadt passend wäre.»

Wäre auch dies nicht möglich, so dürfte man, meint de Lessart, mit der Regel brechen und einer protestantischen Stadt den Vorzug geben. Nur Bern und Zürich kämen in Betracht. Aber Bern als Residenz zu wählen scheint dem Minister nicht schicklich: «Die Vormacht dieses Kantons ist zu beunruhigend für die andern Kantone, und sie wären unzufrieden.»

«Dann verbliebe noch Zürich, das weniger Unzukömmlichkeiten bietet. Dieser Kanton ist augenblicklich der gemäßigste. Es ist der Ort, wo sich das Direktorium für die Abwicklung der Geschäfte der eidgenössischen Stände befindet. Das wäre vorteilhaft für eine promptere Behandlung unserer geschäftlichen Angelegenheiten und den Einfluß, den nach und nach auch unsere Botschafter auf die Ansichten des Direktoriums ausüben könnten. Ich glaube, Sie dürfen Zürich den Vorzug geben und Schritte unternehmen für Ihre Niederlassung in dieser Stadt . . .» (14. Februar).

Barthélemy war mit den Ansichten seines Vorgesetzten über Freiburg und Bern völlig einverstanden, und was Luzern anbelangt, sah auch er Unannehmlichkeiten voraus wegen des Nuntius und des spanischen Botschafters. Zürich schien ihm einen vorteilhaftern Aufenthalt zu bieten (19. Februar). Daher gab er dem Geschäftsträger Bacher den Auftrag, die Stimmung der Regierung und des Geheimen Rates in Zürich zu sondieren. Am 26. Februar kehrte der Kundschafter zurück und berichtete, die Stimmung sei ausgezeichnet, dennoch habe die Regierung dringend von einer Niederlassung abgeraten, sie sei weder im Interesse Zürichs noch Frankreichs.

In Basel erhielt Barthélemy den unerwarteten Bescheid der Zürcher, der ihm höchst ungelegen kommt, und am 2. März berichtet er dem Außenminister de Lessart: er sehe jeden Tag mehr ein, daß er trotz des ausgezeichneten Empfanges, den er in Basel erhalten, sich aus einer Stadt entfernen müsse, die so nahe an einer für ihn feindlichen Grenze ist. Kurz erwähnt er die Gründe, die ihn gegenwärtig abhalten, sich in Luzern niederzulassen, er will sich vorläufig in Baden aufhalten, bis die Umstände ihm die Wahl einer definitiven Residenz erlauben würden.

Schon drei Tage später (5. März) unterrichtet Barthélemy den Außenminister eingehender über die schwebende Frage der künftigen Niederlassung.

«Wenn Sie meine frühern Bemerkungen wegen Luzerns nun überdacht haben, glaube ich, daß Sie es billigen, wenn ich wenigstens augenblicklich mich nicht dort niederlasse. Es scheint mir, daß der Geist, der die Regierungen von Solothurn und Freiburg beherrscht, dort überhand nimmt, trotz der uns treu ergebenen Leute. Herr Bacher hat Sie vor mehreren Monaten von der Stimmung unterrichtet, die nach verschiedenen Berichten dort Fortschritte macht. Meine sehr große finanzielle Bedrängnis wegen des Wertverlustes der Assignaten macht es mir unmöglich, mit dem zukünftigen Prunk des spanischen Botschafters zu rivalisieren und die Intrigen des Nuntius mit Geld zu bekämpfen. Daher werden Sie vielleicht finden, es sei klüger, von ferne (in Baden) ihre Umtriebe zu verfolgen, wie auch die der drei Kantone der Waldstätte. Luzern ist noch nie so weit vom guten Weg abgewichen wie Solothurn und Freiburg, aber die Priester haben dort einen großen Einfluß, und ich wäre nicht erstaunt, wenn die römische Partei, vereint mit der sich dort bildenden spanischen, es wagen würde, uns ebenso offen zu beleidigen.»

... «Das Benehmen Solothurns wird allgemein getadelt. Basel und Zürich haben erkannt, daß ich dort nicht mehr residieren kann.»

... «Der Schultheiß Pfyffer hat mir soeben wiederholt, daß die Intrigen sich vermehren, die die demokratischen Kantone auf Abwege bringen sollen, und daß man dort massenhaft eine Boschüre verbreitet, wovon ein Exemplar hier beiliegt³. Diese Mitteilung bestimmt mich, die Rundreise zu beschleunigen, die ich im Frühling in diesen Kantonen zu unternehmen beabsichtige. Ich hoffe, dieser Besuch werde die beste Wirkung auf die Bewohner dieser Gegenden ausüben»⁴.

«Meine Bemühungen wären sehr gefördert, wenn Sie mir vor meiner Abreise, die um den 15. dieses Monats stattfinden wird, die Erlaubnis gäben, diesen Kantonen irgendwie etwas Zufriedenstellendes zu sagen als Antwort des Königs auf ihren Brief vom 2. November 1789»⁵.

³ Es ist die deutsche Übersetzung der Broschüre, «Avis aux Suisses sur leur position envers le Roi de France», Paris 1791. Sie bekämpft die Erneuerung der Kapitulationen mit der Begründung, daß seit seiner mißglückten Flucht aus Frankreich (20. Juni 1791) der König unfrei sei, ein Gefangener der Revolution.

⁴ Unvorhergesehene Ereignisse haben Barthélemy verhindert, die geplante Reise auszuführen.

⁵ An diesem Tag hatten sich die drei demokratischen Kantone beim König beschwert, daß ihre Offiziere sich mit den untergeordneten Stellen begnügen muß-

Bereits am 8. März scheinen aber Briefe aus Luzern die Bedenken Barthélemys fast zerstreut zu haben. «Sie werden sehen, was der Schultheiß Pfyffer und sein Vetter, der General, mir und Herrn Bacher soeben schreiben. Ich verkenne keineswegs die Schwierigkeiten, die der spanische Gesandte und sein Prunk, der Nuntius und seine Mönche mit allen ihren Intrigen mir bereiten werden. Ich dachte, es wäre besser fernzubleiben. Aber da man uns in den Waldstätten angreift, wäre unsere Sache gefährdet, wenn ich nicht in einem katholischen Kanton residierte, und da Luzern, das einen so großen Einfluß auf sie ausübt, offensichtlich der Mittelpunkt aller Ränke sein wird, die man uns bereitet, so wäre es vielleicht für unsere Interessen sehr nützlich, daß ich in der Nähe der Waldstätte verbleibe, um sie uns günstig zu stimmen und die Intrigen durch meine Gegenwart zu verhindern. Umgeben von Machenschaften aller Art, werde ich mir selber keine erlauben. Inmitten der aufgeregten Parteien werde ich ruhig verharren, einzig beschäftigt, im Namen des Königs Mäßigkeit zu empfehlen und durch mein weises Benehmen das Zutrauen und die allgemeine Achtung zu gewinnen. Unter allen Umständen werde ich versuchen, diesen Kontrast auffallend zur Geltung zu bringen, zuletzt wird er sich zu unserm Vorteil auswirken. Meine erste Aufgabe wäre, die obersten Behörden des Staates zum voraus über dieses freundschaftliche Verhalten in Kenntnis zu setzen, damit sie die Bedenken, die man ihnen vielleicht einflüstert, zerstreuen können. Ich darf glauben, bei meinem Aufenthalt in Luzern einen günstigen Eindruck erweckt zu haben, so daß man geneigt ist, mir das Vertrauen zu schenken. Indessen ist es sehr wichtig, den Behörden jegliche Unannehmlichkeiten zu ersparen. Deshalb erwarte ich Herrn Bacher; mit ihm möchte ich diese heikle Angelegenheit besprechen und auch erwägen, ob mein Vorhaben, mich in die Waldstätte zu begeben, zweckmäßig ist.»

«Was die Herren Pfyffer vom Zustand der Gärung in den Waldstätten schreiben, zeigt viel besser, als ich es sagen könnte, wie sehr es wichtig ist, daß Sie das Gesuch, das die demokratischen Kantone an den König gerichtet haben, unterstützen. Dadurch haben wir ein leichtes Mittel, sie uns günstig zu stimmen und einen schönen Teil

ten, während gewöhnlich nur die Offiziere der aristokratischen Kantone bei der Beförderung in höhere Grade begünstigt wurden. Ihr Gesuch war unbeantwortet geblieben.

der Hindernisse, die ich in Luzern finden würde, aus dem Weg zu räumen.»

«Ein anderes Mittel, das meine Niederlassung in dieser Stadt erleichtern würde, hängt ebenfalls von Ihnen ab. Ich begreife den General Pfyffer nicht, wenn er sagt, die Vorbereitungen des spanischen Botschafters erwecken zum voraus einen ungünstigen Eindruck und ein Kontrast würde nicht mißfallen. Nie hat man einen fremden Botschafter wegen Prachtentfaltung kritisiert, und ich weiß genau, was man sagen würde, wenn ich diesbezüglich Herrn von Caamaño nachstände. Aber da er nur eine bescheidene Wohnung beziehen wird, kann ich glauben, daß seine Mittel auch bescheiden sind und ihm nicht einen Aufwand erlauben, der für mich unerträglich wäre. Seien Sie versichert, daß allein mein Wunsch, den mir anvertrauten Interessen zu dienen, mir die Hoffnung einflößt, es möge mir gelingen, nicht gänzlich vom spanischen Botschafter übertrumpft zu werden. Nie werde ich mich auf diesen Wettbewerb berufen, um neue Geldunterstützungen zu verlangen. Indessen, ob ich mich in Luzern oder in einer anderen Stadt der Schweiz niederlasse, es ist notwendig, daß ich Frankreich ehrenvoll vertreten und standesgemäß leben kann. Das ist unmöglich, wenn ich mein Gehalt in Papiergeld erhalte, das die Hälfte seines Wertes verliert. Bis jetzt konnte Herr von Berville mir nur 150 Louisdor in Bar vorstrecken⁶; zudem lassen die behinderten Salzzufuhren keine Hoffnung auf sichere zukünftige Einnahmen. Wenn Sie die Güte haben, diese Angelegenheit in Ordnung zu bringen, werde ich nicht zögern, mich in Luzern niederzulassen.»

Welches sind nun die Nachrichten, die Barthélemy veranlaßten, sich so energisch — allerdings unter einer Bedingung — für die Verlegung der Residenz nach Luzern zu verwenden? Den aufschlußreichen Bericht, der ihn hauptsächlich bewog, seine so oft geäußerten Bedenken aufzugeben, erhielt er vom Schultheißen Pfyffer: «In meinem ersten Brief⁷ hatte ich Ihnen dargelegt, daß der Aufenthalt Ihrer Exzellenz in Luzern unangenehm werden und uns in Verlegenheit bringen könnte, weil in einigen Kantonen der Waldstätte auf Anstiften der spanischen Partei gehetzt wurde, unterstützt von den Mönchen und Priestern, die in dieser Absicht eine entsprechende Broschüre verbreitet haben. Ein Exemplar davon habe ich dem Herrn

⁶ Herr von Berville war der Bankier der Gesandtschaft in Solothurn.

⁷ Dieser erste Brief fehlt in der Sammlung.

Bacher gesandt. Dann erwähnte ich auch, daß Solothurn, welches seit langem Sitz der französischen Botschaft ist, es uns übel aufnehmen und Eifersucht unter den Kantonen entstehen würde. Jetzt, wo ich das überdenke, sehe ich auch ein, daß, wenn niemand sich der spanischen Partei entgegensetzt, diese in den kleinen Kantonen und selbst bei uns den Sieg davonträgt. Dagegen wäre von hier aus ein französischer Minister in der Lage, die Frankreich günstige Partei zu unterstützen; er könnte die verschiedenen Vorteile hervorheben, welche die Waldstätte und ihre Kompanien in Frankreich genießen, so daß sie diese nicht zurückziehen. Diese Gründe machen mich schwankend, und ich überlasse Ihrer Exzellenz die Lösung des Problems. Bevor Sie sich an den Staat wenden, sollten Sie den Schultheißen Amryn, den General Pfyffer, Herrn Dürler und andere Freunde benachrichtigen.» (Undatierter Bericht).

Mehr zurückhaltend und vorsichtig zaudernd, schreibt General Pfyffer: «Ihr Zutrauen zu mir veranlaßt Sie, mich um meine Meinung über Ihre Niederlassung in Luzern zu fragen. An sich sehe ich kein Hindernis, aber es kann Gründe geben, die dafür und dagegen sind. Deshalb hätte ich gerne mit Herrn Bacher gesprochen oder mit jemanden, der Ihre Absichten kennt und Ihnen das mündlich mitteilen würde, was sich schwer schriftlich zusammenfassen läßt.»

«Die Schwierigkeit, ein Haus auszuwählen, bildet nur ein kleines Hindernis. Die Ankunft des Spaniers gibt Anlaß zu Überlegungen dafür und dagegen. Sie allein können sie abwägen; und wenn Sie sich entschließen, sich in Luzern niederzulassen, so wäre es gut, wenn es, wie auch die Wahl Ihres Hauses, vor seiner Ankunft bekannt würde.»

«Wegen alledem, was vorgeht, und was in den Waldstätten herumgeschwätzt wird, wo das Volk sich noch im absurdesten Aberglauben befindet, erachte ich es als wesentlich, daß Sie sich in einem katholischen Kanton niederlassen⁸. Ich habe richtig vermutet, daß Sie nicht pompös auftreten wollen; es ist auch besser so, in jeder Hinsicht. Die Vorbereitungen des Spaniers machen einen ungünstigen Eindruck zum voraus, und ein Kontrast würde nicht mißfallen.» (7. März).

Der dritte Brief, den Barthélemy als Beilage nach Paris sandte, stammt ebenfalls von General Pfyffer, ist aber an Bacher gerichtet.

⁸ «Sich im absurdesten Aberglauben befinden» bedeutete für die Aufgeklärten, strenggläubig und blindlings dem Klerus unterworfen zu sein.

Darin erwähnt der General zuerst alle günstigen Äußerungen, die er über die Person von Barthélemy gehört hat, orientiert über das Vorurteil, das über ihn und seine Mission in den Waldstätten verbreitet ist und hofft, die Stimmung werde umschlagen. Als passenden Sitz in Luzern bezeichnet er die alte Nuntiatur oder das Haus Schumacher außerhalb der Stadt, das sehr schön, aber wahrscheinlich teuer sei. (7. März).

Die Wahl Luzerns als Sitz der französischen Gesandtschaft schien nach dem Brief Barthélemys vom 8. März große Aussicht zu haben, in absehbarer Zeit verwirklicht zu werden, aber plötzlich griffen zwei unvorhergesehene Ereignisse hemmend ein: Die Affaire von Aix und der Sturz des Außenministers. Die heimtückische und entehrende Entwaffnung des Berner Regiments von Ernst am 26. und 27. Februar wurde nach der ersten Woche März in ihren Einzelheiten bekannt und entfachte in der ganzen Schweiz eine ungeheure Empörung gegen das revolutionäre Frankreich. Das war für Barthélemy ein Schlag, der sein initiatives Vorgehen lähmte und ihm größte Zurückhaltung auferlegte, dazu blieb sein Brief wegen des zufällig gleichzeitigen Sturzes von de Lessart⁹ unbeantwortet im Außenministerium liegen.

Die damals herrschende Stimmung in Luzern kennzeichnet der Brief des Generals Pfyffer (13. März): «Ich habe Ihr geehrtes Schreiben vom 10. März erhalten . . . Selbstverständlich quält Sie wie uns die Affaire des Regiments von Ernst in Aix. Das verhindert im Augenblick jede Unterhandlung. Die Aufforderungen zur Meuterei nehmen kein Ende, man sagt, daß noch andere Regimenter, z. B. das von Zürich und das von Castella, bearbeitet werden.»

«Es ist ein Glück, daß Sie seit Ihrer Ankunft in der Schweiz Ihr Inkognito aufgegeben haben und Ihnen ein ausgezeichnete Ruf vorgeht.»

⁹ Die Girondisten, die den Krieg mit Österreich befürworteten, bewirkten den Sturz von de Lessart. Im Einverständnis mit dem König war der Minister Gegner des Krieges. Ohne Unterlaß wurde er auf der Tribüne und in der Presse beschuldigt, der Beschützer der Emigranten und das Haupt eines «österreichischen Komitees» zu sein, das sich unter dem Einfluß der Königin gebildet hätte. Die Anklage gegen «die Österreicherin», sie diene den Interessen des Feindes, sie bringe die Monarchie in Gegensatz zur Nation, das war die vergiftete Waffe der Girondisten. Um das Königstum zu stürzen, mußte man es des Verrates beschuldigen. Der 10. März 1792 bedeutet den ersten Sieg der Girondisten: de Lessart auf der Anklagebank, beinahe war es schon der König.

«Das ist kein Kompliment, denn der Titel Gesandter Frankreichs ist zur Zeit ein schlechter Kreditbrief. Erlauben Sie mir, offen zu sprechen. Sie werden hier allgemein bedauert.»

«Was Ihre Absicht anbelangt, sich jetzt wegen der benachbarten Kantone hier niederzulassen, so bedenken Sie, daß das Volk überall grob und frech ist, und in der Schweiz noch mehr als anderswo.»

«Die Affaire von Aix hat hier eine solche Aufregung verursacht, daß wir befürchten müßten, es könnte Ihrem Gesandtschaftspersonal an den Markttagen, die zweimal in der Woche stattfinden, etwas Unangenehmes zustoßen, was Sie und unsere Behörden in peinliche Verlegenheit setzen würde, denn die Pfaffen und Kapuzenträger dieser Kantone erhitzen die Köpfe, aber es ist wichtig für uns, mit diesen Nachbarn in Frieden zu leben.»

«Wenn die Umstände sich beruhigen und es erlauben, daß Sie ohne Zwischenfall hierher kommen können, werde ich es Ihnen mit Freude berichten.»

«Im Falle, daß Herr Bacher nach Luzern kommt, werden wir das Dafür und Dagegen miteinander erwägen.»

«Sie haben sich in Luzern Freunde erworben, die ich befragt habe; ihre Meinung ist, Sie sollten vorläufig nicht hierherkommen.»

«Bern hat uns soeben einen ausführlichen Bericht über die Affaire von Aix geschickt, der beweist, daß es sich nicht um einen räuberischen Überfall handelt, sondern daß wohlüberdachte Befehle gegeben wurden, denn man hat den Offizieren ihre ganze Ausrüstung und die Regimentskasse zurückgeschickt. — Soeben erfahren wir' auch, daß La Fayette einen Offizier der Schweizergarde, den Sohn einer angesehenen Familie von Luzern, seinem Korps abspenstig gemacht und ihn als Adjutant in die nationale Armee aufgenommen hat. Dieses Ereignis, dem man in ruhigen Zeiten kaum Aufmerksamkeit geschenkt hätte, hat hier indessen Aufregung und Zwist erregt¹⁰. Zudem hat die große Feierlichkeit, mit der man die Galeerensträflinge des Regiments Châteaueux freigelassen hat¹¹, haben die Ehren, die ihnen erwiesen wurden, z. B. das Te Deum, das gesungen wurde, hier einen solchen Sturm der Entrüstung hervorgerufen, daß es klüger ist,

¹⁰ Der Sohn der angesehenen Familie in Luzern ist Maurus Meyer von Schauensee.

¹¹ Um das meuternde Regiment Châteaueux in Nancy zur Besinnung zu bringen, hatte es eine regelrechte Straßenschlacht erfordert, die 500 Tote kostete.

die Ruhe abzuwarten, bevor Sie nach Luzern kommen. Als Antwort auf diese Ereignisse würde man jetzt dem Spanier, wenn er schon hier wäre, die größte Zuvorkommenheit bezeugen.»

Es bedurfte nicht der Mahnung Pfyffers, daß Barthélemy nicht nach Luzern ging. Sobald er die Affaire von Aix erfahren hatte, sah er die Reaktion voraus, die sie in der Schweiz hervorrufen mußte, und prompt, schon am 10. März, hatte er dem Außenminister berichtet: «Sie begreifen wohl, daß es mir nun wenigstens während einiger Zeit unmöglich wird, mich in Luzern oder einer andern großen Stadt niederzulassen oder in den Ländern zu erscheinen.»

Am 19. März erhielt Barthélemy vom neuen Außenminister Dumouriez die Kunde seiner Ernennung. Dieser war Soldat, ebenso Diplomat, ein ehrgeiziger, eigenwilliger Draufgänger, der sich berufen wähnte, im neuen Frankreich eine führende Rolle zu spielen, wohl gewillt, der Monarchie zu dienen, aber unter der Voraussetzung, daß er den schwachen König stets leiten könne.

Ohne die geringste eigene Kenntnis von den politischen Verhältnissen der Schweiz zu besitzen, machte er nach flüchtiger Durchsicht der Depeschen Barthélemys, demselben gänzlich unberechtigte Vorwürfe über sein Verhalten als Gesandter und befahl ihm barsch, wieder nach Solothurn zurückzukehren: «Da es nicht möglich ist, aus der Ferne, auf der Flucht vor der Öffentlichkeit, auf Irrfahrten an den Grenzen der Schweiz der würdige Vertreter eines freien Volkes und eines konstitutionellen Königs zu sein, müssen Sie sich im Falle einer außerordentlichen Tagsatzung entschließen, dort mit der vornehmen Unerschrockenheit aufzutreten, die Sie sicher beseelt und die dem Amt, das Sie bekleiden, auch gebührt. Sie müssen sich also vorbereiten, nach Solothurn zurückzukehren, zur alten Residenz der Ambassadoren Frankreichs. So sehr auch die Geister aufgeregter sein mögen, ist es doch undenkbar, daß man Sie beleidigt oder das Völkerrecht

Der Sieger, der französische General Bouillé, ließ unbarmherzig 32 Schweizer hängen und verurteilte 41 zu den Galeeren. Nach den Satzungen der Kapitulationen hätten aber die Rebellen durch ein schweizerisches Militärgericht abgeurteilt werden sollen. Diese Verletzung des Abkommens empörte bereits in der Schweiz. Aus Furcht nun vor dem Volk in Paris, bei dem das Regiment Chateaufieux beliebt war, weil es sich ehemals bei der Erstürmung der Bastille geweigert hatte, den Aufruhr niederzuschmettern, amnestierte die gesetzgebende Versammlung die Galeerensträflinge. Dazu wurden die «Märtyrer des Despotismus» gefeiert, wie Pfyffer schreibt, und in einem «Fest der Freiheit» verherrlicht.

verletzt. Ohne Furcht müssen Sie das unternehmen; erst die Erfahrung wird Sie lehren, was Sie von dem Schrecken halten sollen, den man Ihnen einzuflößen scheint.» (27. März).

Daß Barthélemy sich von dem Besserwisser Dumouriez nicht einschüchtern läßt und sich seinem Vorgesetzten gegenüber kraftvoll und geistreich zu verteidigen versteht, beweist seine Antwort vom 4. April.

«Ich werde auf Ihre Depesche in der gleichen Form antworten, wie sie abgefaßt ist. Ich bin nicht ferngeblieben, floh nicht vor der Öffentlichkeit und irrte nicht an den Grenzen der Schweiz herum. Ich zeigte mich fast in allen Kantonen, in den Städten, besuchte die wichtigsten Behörden und die einflußreichsten Personen. Ich war bestrebt, die Lage zu erfassen und unterhielt nützliche Beziehungen und Briefwechsel. Ich suchte Vertrauen einzuflößen, solches zu gewinnen, was immer für den Erfolg der Geschäfte notwendig ist, besonders in der Schweiz. Wenn ich in der Folge Schwierigkeiten für meine Niederlassung fand, beruhen sie auf den Eifersüchteleien der Kantone, auf den Mangel an Weisungen und besonders auf meiner prekären finanziellen Lage. Ich konnte sagen, daß die Residenz des französischen Gesandten in Solothurn unhaltbar sei, ohne daß diese Wahrheit mir vom Schrecken diktiert wurde». — Er schlägt nun vor, einige Zeit in Biel zu verbringen, bis die Umstände es ihm erlauben, sich in Luzern niederzulassen. «Mein provisorischer Aufenthalt in Biel wäre vorteilhaft wegen der Nähe von Bern, auch weil ich die dortige, dem neuen Frankreich günstig gesinnte Behörde in ihrer guten Stimmung erhalten könnte. Luzern ist eine wichtige Residenz, wo der Nuntius und der spanische Botschafter wohnen. Es ist die Hauptstadt der katholischen Kantone. Einige wichtige Persönlichkeiten dieser Stadt sind sehr bereit, uns zu unterstützen. Hier entspringt der Einfluß, der die Waldstätte leitet, auf die wir so notwendig Rücksicht nehmen müssen. Solothurn hört nur auf Bern und Freiburg und beeinflußt niemanden.»

Die Diskussion wegen Solothurns erstreckt sich noch über den Monat Mai, aber es genügt zu vernehmen, daß es Barthélemy endlich gelang, Dumouriez gänzlich aufzuklären, so daß dieser ihm am 21. Mai die folgenden Weisungen erteilte: «Benachrichtigen Sie die Regierung Solothurns, daß in Zukunft die französischen Ambassadoren nicht mehr in dieser Stadt residieren werden. Verlangen Sie auch die

Aufhebung des Ausweisungsdekrets gegen Bacher. Machen Sie eine Aufstellung aller Pensionen und Gratifikationen, die in diesem Kanton ausbezahlt werden, indem Sie diejenigen angeben, die unnütz oder schädlich sind und aufgehoben werden müssen.»

In seinen Briefen an Dumouriez verwendet sich Barthélemy weiter zugunsten Luzerns, so am 7. und 18. April. Anfangs Mai erkundigt er sich ein letztes Mal bei General Pfyffer über die dortige Stimmung. Dieser antwortet am 8. Mai: «Was den Wunsch anbelangt, den Sie hegen, sich hier niederzulassen, kann ich Ihnen nichts sagen, da ich Ihre Absichten nicht kenne. Ist es wegen des Ortes, um im Zentrum der Schweiz, also der Geschäfte zu sein, oder aus irgend einem politischen Grund, z. B. um die Umtriebe Spaniens zu überwachen? Indessen ist zu beachten, daß Sie nicht in Luzern sein könnten, ohne hier die Ruhe zu stören. Der Nuntius und Herr von Caamaño würden Sie ungern sehen. Hier würden Sie folgendes vorfinden:

1. Eine Partei von weisen und gleichgültigen Leuten, Freunden der Ruhe, die sie nun als gestört betrachten würden.
2. Eine Partei von Königlichgesinnten, denen Sie unbekannt sind, und die Sie nun als Feind betrachten würden.
3. Einen Jakobinerklub, einen Klub von Revolutionsschwärmern, welche so dumm wären, Sie als zu ihrer Partei gehörend zu betrachten und sich dessen zu rühmen, obwohl nichts daran wäre, wodurch Sie als ihr Beschützer bloßgestellt würden.»

Man begreift nun leicht, daß diese ungünstige Auskunft Barthélemy bewog, Luzern als Residenz endgültig fallen zu lassen.

Als um die Mitte Juni eine politische Krise die Regierung Frankreichs erschütterte, Dumouriez Kriegsminister wurde, aber wenige Tage nachher seine Demission einreichte, benützte Barthélemy die Gelegenheit, und ohne den neuen Außenminister zu konsultieren, zeigte er den Mitregenten der Grafschaft Baden, Zürich, Bern und Glarus seine definitive Niederlassung in Baden an (15. Juni), damit entschied er eigenmächtig die Wahl seiner Residenz.

Während in Luzern die beiden Pfyffer auf Barthélemys Veranlassung seine Rat- und Auskunftgeber wurden, diskutierten ihrerseits in Paris der Luzerner Maurus Meyer von Schauensee und seine politischen intimen Freunde die Frage der zukünftigen Residenz. Der Revolutionsenthusiast kümmerte sich sehr um die Beziehungen des neuen Frankreichs zu den eidgenössischen Ständen.

Als Barthélemy zum Gesandten in der Schweiz ernannt worden war, hatte Maurus Meyer seinem Freund Ramond, der einem diplomatischen Komitee angehörte, den Wunsch geäußert, den neuen Botschafter kennen zu lernen. Ramond verschaffte ihm eine Unterredung mit Barthélemy, bei welcher Maurus seinen leidenschaftlichen Gefühlen für die Sache der Revolution freien Lauf ließ und Barthélemy versicherte, seine Familie in Luzern werde ihn mit Freude unterstützen. Vor der Abreise des Gesandten überreichte er ihm noch eine Denkschrift über die schwierig gewordene Lage der Schweizerregimenter in Frankreich.

Wenn Barthélemy so über die politische Gesinnung der Familie Meyer von Schauensee aus erster Quelle orientiert war, warum hat er denn nicht bei seiner Durchreise in Luzern beim Vater und Bruder von Maurus angeklopft? Man darf wohl vermuten, daß Bacher, sein Begleiter, ein Kenner der Verhältnisse in Luzern, ihm mitgeteilt hatte, daß die meisten Patrizier der Familie Meyer feindlich gesinnt waren wegen ihrer zur Schau getragenen Franzosenfreundlichkeit, daß die Reisen des freidenkerischen Sohnes Franz Bernhard nach Paris Unwillen und Verdacht erregt hatten, und daß der Übertritt von Maurus in die Nationalgarde ihm beinahe das Bürgerrecht gekostet hatte. Unter solchen Umständen gebot diplomatische Klugheit Zurückhaltung und verbot den Besuch. Ein solcher wäre in der kleinen Stadt Luzern nie geheim geblieben und hätte der Familie Meyer und auch der Sache Frankreichs nur geschadet. Zudem mußte Barthélemy Zutritt zu einflußreichen, allgemeingeachteten und beliebten Männern suchen, das waren eben die beiden Pfyffer, die von jeher mit Bacher verkehrt hatten.

Der Brief, den General Pfyffer am 8. Mai an Barthélemy richtete (siehe oben), erwähnt drei Parteien, die der Gesandte in Luzern vorgefunden hätte. Man wird kaum irren, daß der General, wenn er die dritte Partei als einen Jakobinerklub, einen Klub von Revolutionsschwärmern taxierte, vornehmlich an Franz Bernhard Meyer dachte und an die Luzerner Lesegesellschaft¹². Vor diesen Leuten, die mit dem revolutionären Frankreich sympathisierten, hätte der Gesandte sich hüten sollen.

¹² Die Namen der Mitglieder dieses Kreises von Aufgeklärten erwähnt bereits Kasimir Pfyffer in seinem Werk der Kanton Luzern (1. Bd., pag. 554).

Zur zweiten Partei gehörten die Königlichgesinnten, die Revolutionsfeinde, die meisten Patrizier und wohl auch die Mehrzahl der gemeinen Bürger.

Unter den weisen und gleichgültigen Leuten der ersten Partei versteht der General wahrscheinlich die alten, ausgedienten Regenten der Luzerner Aristokratenrepublik, die politisch inaktiv nach den Grundsätzen lebten: *laissez dire et laissez faire, après nous le déluge*.

Die beiden Pfyffer waren auch weise Leute, aber den Ereignissen gegenüber konnten sie sich nicht gleichgültig verhalten. Ihr Einkommen hing vom Wohl und Wehe Frankreichs ab. Ihre Ruhe war dahin, denn aus der fränkischen Staatskasse flossen die Pensionen unregelmäßig, und bald drohte der ehemalige Goldstrom gänzlich zu versiegen.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß Barthélemy in Luzern weniger feindselig aufgenommen worden wäre als in Solothurn. Gewiß hat er aber höchst klug getan, Baden als Residenz zu wählen. In dieser Vogtei, auf einem politisch sozusagen neutralen Boden, konnte er ungestört von Feinden und Freunden der Revolution seine Geschäfte besorgen.

NACHRICHTEN ÜBER DIE MISSION CAAMANOS IN LUZERN

Bereits durch die Instruktion, die ihm der Außenminister als Reiselektüre in die Schweiz mitgab, wurde Barthélemy auf die bevorstehende Ankunft eines spanischen Botschafters in Luzern aufmerksam gemacht.

Da seit 1773 Spanien keine direkten Beziehungen mit der Schweiz unterhalten hatte, hätte die Mission Caamaños damals in Frankreich Argwohn erweckt, aber Madrid hatte vorsichtig das französische Außenministerium mit beruhigenden Beteuerungen davon verständigt. Immerhin wird Barthélemy seinen Korrespondenten in Luzern empfohlen haben, den Spanier scharf im Auge zu behalten, um sobald wie möglich zu erfahren, warum man ihn nach Luzern schicke. Eifrig widmeten sich die beiden Pfyffer dieser Aufgabe. Über Don José Caamaño trugen sie alles zusammen, selbst unbedeutende Einzelhei-

ten. In den Monaten März, April und Juni 1792 flossen die Nachrichten am reichlichsten, dann nur noch spärlich und 1794 versiegten sie. Die meisten sind an Barthélemy gerichtet, einige an Bacher, die rechte Hand des Botschafters.

Durch den Sekretär Caamaños¹³ und den Nuntius kannte General Pfyffer die Reiseroute des Spaniers durch Frankreich und die Schweiz; er reiste über Pau, Béziers, Lyon nach Genf, nachher über Freiburg, Bern, Neuenburg, Solothurn und von dort über St. Urban nach Luzern. Während der Geschäftsführer von seinem Herrn aus jeder Etappe Nachricht erhielt, hatte Caamaño dem Nuntius nur von Pau und Béziers aus seine baldige Ankunft in Luzern mitgeteilt. Übereifrig rechnete nun dieser aus, wie viele Tagreisen es brauche, um von den Gestaden des Mittelländischen Meeres nach St. Urban zu gelangen. Er fand, daß der Reisende dort am 7. März eintreffen werde. Daß Caamaño seine Fahrt unterbrechen, sich einige Tage da oder dort aufhalten würde, fiel dem Nuntius nicht ein. Sofort benachrichtigte er den Prälaten von Glutz, den Abt von St. Urban, er solle auf diesen Tag dem hohen Gaste einen festlichen Empfang bereiten. Alle Vorbereitungen wurden getroffen; man ließ sogar in Luzern Wildbret aus den Bergen holen. Pfyffer, der durch den Sekretär erfahren hatte, Caamaño halte sich 8 Tage in Lyon auf und gedenke 2 Tage in Genf zu verweilen, hätte den Nuntius vom unbedachten Bericht abhalten und dem Kloster St. Urban Kosten ersparen können; er tat es nicht. Am Tage selbst des vorgeblichen Besuchs erzählt er Bacher die Begebenheit in einem Briefe und spöttelt dazu «die Mönche hätten frische Wäsche (chemise blanche) angezogen, um den Spanier zu feiern. Da aber der Nuntius den Brief aus Lyon nicht kennt, den der Sekretär erhalten hat, so müßten sie noch mehrere Tage bis zu seiner Ankunft empfangsbereit dastehen» (7. März 1792).

Luzern selbst harrte gespannt auf das Kommen des Spaniers. Man vermutete, er sei ein großartiger Herr, denn es war stadtbekannt, daß ein Zuschneider bereits mit der Arbeit an 12 Bedientenlivreen begonnen hatte, und daß ein Auftrag für den Ankauf von vielen in Luzern nicht vorhandenen Möbeln erteilt worden war.

Der ungeduldig Erwartete erreichte endlich Luzern am 25. März. Schon Tags darauf erhielt Barthélemy Nachricht davon. General

¹³ General Pfyffer schreibt bald *homme d'affaires*, bald *secrétaire* und erwähnt nie den Familiennamen.

Pfyffer schreibt: «Herr Caamaño ist gestern Abend angekommen. Ich sah seinen Sekretär, den er vorausgeschickt hat, um die Behörden zu benachrichtigen, man solle ihm bei seiner Ankunft alle Ehren erweisen, die man ihm schulde. Wie ich erfahre, wird er, wie alle Spanier, peinlich genau die äußern Förmlichkeiten beobachten, und da der Nuntius aufs äußerste darauf erpicht ist, kann das lächerliche Szenen absetzen.»

«Herr Caamaño ist in der Schweiz herumgereist, da er vor seiner Ankunft in Luzern Briefe von seinem neuen Minister erwartete. In Zofingen erhielt er von Herrn d'Aranda Depeschen, die, wie ich glaube, nach Solothurn adressiert waren, von wo er aber bereits seit zwei Tagen abgereist war.»

«Soeben habe ich während einer Stunde mit Caamaño geplaudert. Bisher hat er sich nur mit dem Nuntius und mir unterhalten. Er behauptet, in Zukunft werde stets ein spanischer Minister in der Schweiz residieren. Er sprach auch von Ihnen, Ihr guter Ruf ist ihm bekannt. Er findet, er habe eine dürftige Wohnung und scheint Pracht entfalten zu wollen. Sein Äußeres ist nicht eindrucksvoll, aber er ist geistreich und ich vermute auch schlau.» (26. März).

Über die Ankunft des Spaniers äußert sich Schultheiß Pfyffer kurz und bündig: «Letzten Sonntag, 6 Uhr abends, ist Herr von Caamaño mit einem einzigen Diener als Gefolge eingetroffen. Unser Publikum, das sich versammelt hatte, um einen schönen Einzug zu sehen, war enttäuscht, besonders beim Anblick eines sehr kleinen, kaum drei Fuß hohen Mannes.» (27. März).

Eine Woche später schreibt er eingehender: «Eben habe ich den gestrigen Besuch von Herrn Caamaño erwidert. Am letzten Samstag hatte er eine Abordnung von vier Mitgliedern des Kleinen Rates empfangen. Er ist ein sehr gut gebauter kleiner Spanier mit angenehmem Gesichtsausdruck und gefälligen und zuvorkommenden Umgangsformen. Soweit ich es beurteilen kann, ist er erfahren und tüchtig im Unterhandeln. Bis jetzt hat er nichts vom Gegenstand seiner Mission verlauten lassen. Er erwartet Depeschen vom neuen Minister, so daß er nicht weiß, ob seine Weisungen bestätigt oder geändert werden. — Ich werde Sie sorgfältig von allen seinen Unternehmungen benachrichtigen.» (4. April).

Mit General Pfyffer scheint Caamaño in Luzern am meisten verkehrt zu haben: «Jeden Tag sehe ich Herrn Caamaño, entweder

kommt er zu mir oder lädt mich ein zu einem Spaziergang. Gestern habe ich ihn der Ratsversammlung vorgestellt. Er hat die üblichen Besuche, die die Etikette vorschreibt, empfangen und erwidert. Übrigens kennt er hier noch niemand näher. Die Schweiz liegt für ihn noch im Dunkeln; er hat keinen Begriff von unsern politischen Verhältnissen und unserer Art zu unterhandeln. Ich vermute, daß er keine positiven Instruktionen erhalten hat, oder wenn er solche hätte, müßte er heute doch neue Depeschen von Herrn d'Aranda abwarten. Ich glaube auch, daß ich das erfahren werde. — Über das, was wegen seiner Residenz in der Schweiz gesagt und geschrieben wird, bekommt er Briefe und Nachrichten von überall, und er lacht selber über die Vermutungen und Pläne, die man ihm zuschreibt. — Er ist ein fröhlicher und amüsanter Weltmann.» (10. April).

Wie das Geheimnis um die Mission Caamaños gelüftet wurde, berichtet Schultheiß Pfyffer: «Letzten Samstag, am 14. dieses Monats, war der spanische Botschafter beim amtierenden Schultheißen und teilte ihm offiziell mit, sein Hof habe ihm Instruktionen erteilt, damit er um die Erlaubnis nachsuche, in den katholischen Kantonen Truppen anzuwerben; daß er sich folglich an jeden einzeln wenden und zwei Anfragen stellen werde:

1. Ob der Kanton die Werbung gestatte.
2. Wie viele Leute er im bejahenden Falle gewähren könne, ein ganzes Regiment oder wie viele Kompanien. Durch die Antworten der Kantone wird er erfahren, wie viele Truppen er anwerben kann. Nachher wird er einen Plan für die Kapitulation aufstellen. — (17. April).

In den bereits erwähnten Instruktionen, in denen Barthélemy die bevorstehende Ankunft des spanischen Botschafters erfährt, der ihm aber keineswegs als Feind geschildert wird, liest man anschließend weiter: «Dagegen werden Sie in der Schweiz den Herrn Castelnau finden, einen Sendboten der emigrierten Prinzen, der sich sehr anstrengt, die Leute für deren Sache zu gewinnen. Es ist ihm teilweise gelungen.» Dieser genannte Herr war nun Mitte April in Luzern erschienen und mehrere Male vom spanischen Botschafter empfangen worden. Der wachsame General meldet alsbald: «Herr Caamaño läßt sich nicht von Herrn Castelnau beeinflussen. Ich weiß nun, was der Spanier von ihm denkt. Castelnau ist hierhergekommen, um zu erfahren, welcher Wind in Spanien weht. Aber Caamaño ist zuge-

knöpft geblieben.» — Und auf das Thema von der nun offiziell bekannten Mission Caamaños hinüberwechselnd, meint der General: «Sicher wird der Spanier Vorschläge machen, damit größere Kontingente von Schweizertruppen in sein Land einrücken. Ich darf fast behaupten, Luzern werde diesbezüglich vorsichtig zurückhaltend sein. Bevor die kleinen Kantone ihre nächsten Landsgemeinden abhalten, werden, wie ich vermute, keine Verhandlungen stattfinden.»

«Schwyz hat Ratsmitglieder zu ihm geschickt. Dieser Kanton ist ganz spanisch gesinnt wegen der Aussicht auf militärische Dienstleistungen. Immerhin glaube ich an das Vorwiegen der Interessen Frankreichs, obwohl die Lage dort unsicher ist.»

«Herr Caamaño ist mit jedermann sehr leutselig, aber bis jetzt steht er mit keiner hohen Persönlichkeit in engern Beziehungen. Er wohnt manchmal den Ratsversammlungen bei und kommt sehr häufig zu mir». —

«Ich habe Grund zu glauben, daß ich ziemlich auf dem laufenden bin in allem, was sich ereignet, und behaupten darf, die Meinung Luzerns werde unsere Nachbarn stark beeinflussen. Das hängt auch von der Wendung der Ereignisse in Frankreich ab. Allgemein ist man der Ansicht, die Nationalversammlung versuche, unsern Truppen möglichst viele Unannehmlichkeiten zu bereiten, damit die Kantone sie nach dem Beispiel des Regiments von Ernst zurückrufen... Es wäre höchst wichtig, wenn Sie uns einen überzeugenden Beweis gäben, daß Frankreich sich noch um uns kümmert.» . . .

Wie sehr das religiöse Empfinden in den katholischen Kantonen durch gewisse Vorgänge im revolutionären Frankreich verletzt wurde, beweist folgende Briefstelle: «Hier und in den benachbarten Ländern tue ich mein möglichstes, um die Geister zu beruhigen. Was die Gemüter in den Waldstätten gewaltig aufregt, ist das Gerücht, das von den französischen Pilgern und Geistlichen, die nach Einsiedeln ziehen, verbreitet wird: die Religion sei in Frankreich abgeschafft.» (24. April).

Am 12. Juni erhielt Bacher eine Mitteilung des Generals: «Ich beobachte alles genau, was Herr Caamaño unternimmt. Er hat es nicht eilig und richtet sein Vorgehen nach der Haltung Frankreichs der Schweiz gegenüber. Die Begehren, die in der Nationalversammlung gestellt werden, man solle alle Schweizersöldner entlassen, sind Wasser auf seine Mühle.»

«Meine häufigen Unterhaltungen mit ihm lassen mich vermuten, er werde nicht hartnäckig auf allen seinen ersten Vorschlägen beharren. Er wünscht 230 Mann starke Kompanien und erbliche Kommandostellen. Nach meinen Berechnungen bekäme ein Hauptmann 16000 Pfund in französischer Währung, aber darin inbegriffen ist der Unterhalt der Rekruten.»

«Als kürzlich unser Grenzdetachement nach Basel abmarschierte, verteilte Herr Caamaño Trinkgelder. Eine vergebliche Stimmungsmache hoffentlich.»

Ende Juni, als Frankreich bereits die ersten Schlappen im Kriege gegen Österreich erlitten und das königliche Regime fast jede Autorität verloren hatte, sandte General Pfyffer einen weitem Bericht an den Gesandtschaftssekretär: «Wie Sie denken können, ist Herr Caamaño auf der Lauer nach allen Kalamitäten Frankreichs. Er lacht über die Ereignisse, die ihm Hoffnung geben.»

«Man hat eine Kommission ernannt, um seine Vorschläge anzuhören und Bericht zu erstatten. Ich habe Freunde in dieser Kommission, und er selbst bezeugt mir Zutrauen, also seien Sie ruhig. Ich sehe ungefähr die Art und Weise, wie man die Barke lenken muß, damit sie scheitert. Glauben Sie, ich habe ein offenes Auge auf alles, und bis jetzt ist nichts anderes zu fürchten als die Ereignisse in Frankreich.»

«Ich glaube, daß Spanien sich ruhig verhalten will, da das Kabinett von Madrid die in Spanien sich aufhaltenden Emigranten nach Koblenz verweist. Einige solche sind hier eilends durchgereist, die Reuß hinunter.»

«Ein Engländer war kürzlich bei mir. Er logierte im Goldenen Adler, wo etwa zehn durchziehende Emigranten frühstückten. Er bot ihnen Geld an, falls sie in Not wären, aber sie haben sich geweigert es anzunehmen. Einige Offiziere vom Regiment Champagne sind auch durch unsere Berge gezogen, ich habe nichts anderes vernommen, als daß sie von Genua herkamen.» (26. Juni).

Der Ausspruch Pfyffers «Bis jetzt ist nichts anderes zu fürchten als die Ereignisse in Frankreich» bewahrheitete sich bald. Es folgte der Sturz des Königtums, die Niedermetzlung der Schweizergarde (10. August), welche den Abbruch der Beziehungen der Schweiz zu Frankreich bewirkte (15. September). Ohne die Eigenschaft eines Ge-

sandten zu besitzen, verblieb Barthélemy in Baden, gleichsam als inoffizielles Bindeglied beider Länder¹⁴.

Während der Zeit nun, in welcher er als Vertreter Frankreichs «kaltgestellt» verblieb, bis zu seiner Neuankennung, die in den ersten Monaten 1793 erfolgte, als der Groll wegen des blutigen Ereignisses etwas verraucht war, erhielt Barthélemy eine Mitteilung aus Luzern, umständehalber in Form einer Notiz ohne Angabe des Verfassers. Man darf annehmen, sie stamme vom General Pfyffer. Er sandte sie dem Außenminister Le Brun.

«Luzern, 15. November. Endlich hat der spanische Botschafter nach wiederholten dringlichen Ersuchen es erreicht, daß der Staat Luzern seinen Offizieren gestatten wird, direkt mit ihm zu unterhandeln. Der Staat hat sich dazu nur bequemt, um den von Frankreich entlassenen Offizieren und Soldaten einen Verdienst zu verschaffen. Die Regierung hat den Offizieren aufs nachdrücklichste die Bedingung vorgeschrieben, daß in den besondern Verpflichtungen, die sie mit dem spanischen Botschafter eingehen würden, sich nichts befinde, was die Rechte und Privilegien, welche die Schweizer in den fremden Kapitulationen sich stets vorbehalten, beeinträchtigen könnte. Auf dieser Grundlage wird die Erlaubnis erteilt, Rekruten anzuwerben, um die Bataillone und Kompanien der neuen Aushebung zu vervollständigen. Man glaubt, daß der Staat Luzern sich auf diese Weise mit niemandem verfeinde. Bis jetzt bemerkt man in Luzern keinen grossen Andrang zum spanischen Dienst.»

Eine ähnliche Notiz ist vom 31. Dezember datiert. Deutlich läßt aber der Text diesmal den General Pfyffer als Verfasser erkennen: «Man verwickelt Caamaño in ein schlechtes Geschäft, er selbst gerät in eine Klemme. Unsere verabschiedeten Offiziere haben eine Kapitulation ausgeheckt, die ihm nicht paßt. Zwei Herren Sonnenberg

¹⁴ Diese Lage durfte aber nicht andauern, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern waren zu wichtig. Anfangs Januar 1793 mußte Barthélemy auf Befehl von Le Brun, dem Minister des Außern, dem Vorort Zürich sein neues Beglaubigungsschreiben als Gesandter der französischen Republik überreichen. Nahm man es an, so anerkannte man auch die neue Republik, was den Haß Österreichs und den Widerwillen vieler Schweizer hervorgerufen hätte. Die Nichtannahme bedeutete aber, sich mit Frankreich verfeinden. Zürich nahm das Beglaubigungsschreiben offiziell nicht an, legte es vorläufig ad acta und einigte sich mit Barthélemy auf den Vorschlag, die Korrespondenz wieder aufzunehmen und ihm darin den amtlichen Titel zu geben und als «Gesandten der französischen Republik»

sind an der Spitze. Der eine möchte Oberst werden und der andere Oberstleutnant, aber die übrigen Offiziere wollen nicht unter ihnen dienen. Da die Luzerner allein nicht ein ganzes Regiment aufstellen können, schlagen sie vor, sich mit den Glarnern zu vereinigen, unter der Bedingung, daß der Oberst stets ein Luzerner sei und der Oberstleutnant ein Glarner, aber das gefällt in Glarus nicht. Ein Andermatt von Zug¹⁵ Hauptmann im ehemaligen Regiment Châteauevieux, den ich gut kenne, hat auch eine Kapitulation vorgeschlagen und möchte Oberst werden. Früher war er in spanischen Diensten. Ich hatte ihm eine Kompanie in Frankreich verschafft, denn durch diesen Mann und dieses Mittel durchkreuzte ich die Pläne von Herrn d'Asalto, ehemaligem spanischen Botschafter in Luzern» . . .

«Der Landammann und Fähndrich Traxler¹⁶ ist augenblicklich der Eifrigste an der Arbeit. Nach seinen Ideen hat er eine Kapitulation für Unterwalden ausgearbeitet. Herr Caamaño kommt oft zu mir. Manchmal möchte ich, daß Sie vor der Türe seine Äußerungen hören und feststellen könnten, wie sehr er in der Klemme sitzt, und daß auch seine Kapitulationsfabrikanten bis heute in einer babylonischen Verwirrung stecken.

«Trotz der Vorstellungen Luzerns zieht Unterwalden leider sein Grenzdetachment aus Basel zurück, und es ist zu befürchten, daß andere (Kantone) dieses Beispiel von Disziplinlosigkeit befolgen werden. Die Gnädigen Herren von Basel sind etwas schuld daran. Zuerst bewirteten sie diese Truppen mit Festessen, und die Leute schrieben heim, wie gut sie es hätten. Als aber die Basler Freigebigkeit versiegte, fingen sie an zu jammern und schrieben, das Leben sei sehr teuer in Basel. Da ihre Heimkehr bereits auf Neujahr festgelegt war, willigten sie nicht ein, länger zu bleiben, und niemand will sie ablösen. Der Herrgott selbst kann solche Leute nicht zur Vernunft bringen.»

anzureden. Dieser Kompromiß, der indirekt Barthélemy anerkannte, wurde den Ständen unterbreitet.

Mit großer Spannung wurde der Entscheid Berns erwartet, das am 22. Februar annahm. Diesem Beispiel folgten kurz darauf Luzern (48 Stimmen gegen 20) und die übrigen Stände mit Ausnahme von Freiburg und Solothurn, die kategorisch ablehnten. Die Waldstätte vertagten ihre Antwort bis zur nächsten Tagsatzung in Frauenfeld (Juni 1793).

¹⁵ Josef-Leonz Andermatt, 1740—1817.

¹⁶ Jost-Remigius Traxler, 1737—1815.

Acht Tage später, am 8. Januar 1793, meldet der General in einem Briefe die Ankunft eines Obersten, eines Generalleutnants und eines Majors aus Turin, mit einer Kapitulation für die Aushebung eines Regiments. Diese Abgeordneten gefielen Caamaño nicht. «Er zeigte sich sehr erstaunt, daß hier niemand an seiner Angelrute anbeißt. Ich sagte ihm, man zweifle eben, ob Spanien die Monarchie beibehalten oder Republik werde. Mein Ausspruch wurde böse aufgenommen.»

Am gleichen Tag schreibt auch Schultheiß Pfyffer. Er weiß bereits, daß die obengenannte piemontesische Abordnung, an deren Spitze sich der Genfer Oberst Fatio¹⁷ befand, die ein Regiment ausheben wollte, resultatlos abgereist ist. Er fügt hinzu: «Das gleiche wird der spanischen beschieden sein. Alle unsere entlassenen Soldaten und Offiziere hängen noch so sehr am Dienste in Frankreich, daß sie, wenn sie auf Pension und Entschädigung hoffen können, keinen andern Dienst antreten werden. Mit Ungeduld erwarte ich die Depesche, die ihr Schicksal entscheiden wird.»

Nachrichten über Caamaño erhält Barthélemy nach dieser Zeit hauptsächlich durch Bacher. Da wichtige Ereignisse, wie das Zustandekommen der ersten Koalition, seine Zeit in Anspruch nehmen, hat er ihm wahrscheinlich einen Teil seiner Korrespondenz überlassen. So sendet Barthélemy, am 23. März, an Le Brun, den Außenminister, eine Anzahl Auszüge aus Briefen an Bacher, ohne Angabe des Verfassers. Neben den üblichen Klagen über angebliche Intrigen des Nuntius und der Priester, berichtet der anonyme Schreiber, Caamaño habe eine überaus große Freude gezeigt bei der Nachricht, daß Frankreich am 7. März Spanien den Krieg erklärt hatte.

Über die Absicht, in Unterwalden ein Regiment für Spanien anzuwerben, schreibt Barthélemy: «Wir haben keinen Grund, uns darüber zu beklagen, denn das Kapitulationsangebot Caamaños liegt bereits seit einem Jahr vor. Unterwalden hat es nach dem Kriegsausbruch angenommen und ist erst in zwei Jahren verpflichtet, das Regiment zu vervollständigen» (26. Juni 1793).

Die gleiche Angelegenheit kommt zwei Monate später nochmals zur Sprache. Barthélemy berichtet dem Außenminister Deforgues: . . . «Man schreibt mir von Luzern, daß der spanische Minister sich nach Stans begab. Seinen Einzug machte er in einer Karosse mit einem

¹⁷ Pierre Fatio, 1740—1793.

Gespann von sechs Pferden, gefolgt von zwei weitem Kutschen. Diese Prachtentfaltung erregte die höchste Bewunderung in dieser gebirgigen Gegend, wo man bisher noch keine Karosse gesehen hatte. Caamaño hat die Kapitulationen seines Hofes für ein Regiment von 1900 Mann hergebracht, das erst in zwei Jahren vollständig sein soll. Daraus entstand ein großer Zwist und ebensoviel Eifersucht zwischen Ob- und Nidwalden»... (24. August 1793).

In einem langen Brief Bachers an Deforgues sind folgende Luzern betreffende Zeilen eingeschoben: ... «Der päpstliche Nuntius fährt fort, in Luzern den Segen zu spenden, obwohl diese «Ware», selbst in der Schweiz, keinen großen Anklang mehr findet. Caamaño, der spanische Minister, hat vor acht Tagen in Luzern einen großen Ball veranstaltet. Um galant zu sein und nach spanischer Art etwas Besonderes zu bieten, hatte man die Glacen, die freigebig serviert wurden, sehr stark gewürzt. Sie wirkten deshalb in kurzer Zeit so heftig, daß von zweihundert Personen eine große Zahl sich in Lebensgefahr befand» ... (27. Februar 1794).

Die Meldungen Barthélemys nach Paris über Reisen von Caamaño nach verschiedenen Kantonen, über seine mißglückten Anwerbungsversuche in Graubünden und im Wallis können füglich unerwähnt bleiben.

Anfangs Januar 1795 verlegte der französische Gesandte seinen Wohnsitz nach Basel, wegen der Vorverhandlungen für den Frieden mit Preußen (unterzeichnet am 4. April). Er ist für Frankreich einer der glorreichsten, für Barthélemy bedeutet er den Höhepunkt seiner Tätigkeit.

Erst einige Monate später kam auch in Basel der Friede mit Spanien zustande. Merkwürdige Umstände verzögerten dessen Abschluß.

Bereits im September 1794 hatte Spanien, das kriegsmüde war, mit den politischen Kommissären, welche der französischen Pyrenäen-Armee beigeordnet waren, Fühlung genommen. Als Vorbedingung aber für Friedensverhandlungen verlangten die Spanier, daß Ludwig XVII. ihnen zuerst ausgeliefert werde. Sie allein von den Alliierten der ersten Koalition waren ausgezogen, um Ludwig XVI. zu rächen, sie kümmerten sich ebenfalls um sein eingekerkertes Kind. Das Prestige und auch die Sicherheit der jungen Republik erlaubten aber eine solche Freilassung nicht, denn um den Sohn Ludwigs XVI. hätten sich wahrscheinlich die Feinde der Republik geschart. Da niemand

nachgab, kämpfte man hartnäckig weiter. Der Tod des unglücklichen Dauphins, am 8. Juni 1795, räumte das einzige Hindernis für den Frieden weg, der am 22. Juli 1795 abgeschlossen wurde.

Madrid hat Caamaño nicht zu den Friedensverhandlungen beigezogen, sondern De Yriate, einen Freund Barthélemys, der sich auf der Durchreise in der Schweiz befand, um Spanien in Polen zu vertreten.

Hören wir endlich noch, wie nach dem Friedensschluß das gegenseitige Verhältnis der ehemals feindlichen Botschafter sich gestaltete. Caamaño tat den ersten Schritt. In einem Brief (30. September 1795) drückt er pathetisch seine Bewunderung aus für das Talent, die persönlichen Eigenschaften, die erfolgreiche Tätigkeit des nun berühmt gewordenen Gegners und wünscht, mit ihm in nähere Beziehungen zu treten. Ebenso diplomatisch höflich antwortet Barthélemy bereits am 3. Oktober. Mit allen Ministern Spaniens, in allen Ländern, wo er gewesen sei, habe er stets die besten Beziehungen gepflegt. Es sei für ihn wirklich peinlich gewesen, in der Schweiz, in seiner größten Nähe zu leben, ohne mit ihm verkehren zu dürfen wegen des unglücklichen Krieges. Er dankt verbindlichst für den zuvorkommenden Brief und ist bereit, geschäftliche sowie persönliche Beziehungen aufzunehmen.

KORRESPONDENZEN ÜBER DIE SCHWEIZERREGIMENTE

Kapitulationswidrige Verwendung der Söldner

Einer der Eckpfeiler der schweizerischen Neutralität, die «Erbvereinigung», der Vertrag mit Österreich von 1511, hatte zur Folge, daß den Schweizertruppen im französischen Dienst das Eindringen auf habsburgischen Boden untersagt war. Dieser Artikel der Abmachung geriet vorübergehend in Gefahr, verletzt zu werden, nachdem Frankreich am 20. April 1792 Österreich den Krieg erklärt hatte.

Damals war die französische Armee geschwächt durch die Emigration der royalistisch gesinnten Offiziere, und Dumouriez, der Minister des Äußern, hätte gerne die Schweizertruppen als Verstärkung zugezogen. Bereits war beim Regiment Diesbach diesbezüglich son-

diert worden, aber seine Befehlshaber erklärten, gegen österreichische Länder nicht offensiv vorgehen zu dürfen ohne eine Übereinkunft der französischen Gesandtschaft mit ihren Kantonen. Da vorauszu- sehen war, daß die übrigen Schweizerregimenter sich ähnlich ableh- nend verhalten würden, wandte sich Dumouriez schon am Tag der Kriegserklärung an Barthélemy: . . . «Es ist also dringend, mit den Kantonen zu verhandeln, damit sie stillschweigend einwilligen, ihre Regimenter den Wünschen Frankreichs zur Verfügung zu stellen» . . . Er fügte noch hinzu, daß ihre Bereitwilligkeit die Erneuerung der Kapitulationen günstig beeinflussen würde; übrigens sei es ihr Inte- resse, eher Frankreich zu begünstigen als Österreich.

Barthélemy, der die Gesinnung der Schweizer besser kannte als der hitzige Dumouriez, erwiderte am 30. April, daß wegen der Kriegs- erklärung an Österreich wahrscheinlich eine außerordentliche Tagsat- zung einberufen werde, welche die absolute Neutralität der Schweiz erklären werde. Und als Antwort auf die Zumutung, welche Dumou- riez an die Kantone stellte, legte er den Brief bei, den er soeben von Schultheiß Pfyffer erhalten hatte, und empfahl dringend, den Na- men des Absenders geheim zu halten.

«Gestern Abend sind zwei Herren aus Freiburg eingetroffen und ersuchten uns im Namen von Solothurn, Bern und Freiburg, Zürich zu veranlassen, dem König einen Brief der Schweizer-Stände zu sen- den mit der Bitte, man solle in dem Krieg, den Frankreich dem Hause Österreich und dem Kaiserreich erklärt hat, keine Schweizertruppen verwenden. In einem solchen Fall wären die Kantone genötigt, ihre Truppen zurückzurufen. Wie ich voraussehe, kann unsere Regierung dieses Ersuchen der vorgenannten drei Stände nicht abschlagen. Ein in diesem Sinn abgefaßter Brief wird heute nach Zürich gesandt wer- den. Ich teile es Ihnen durch einen Eilboten mit, damit Sie den Mi- nister in Paris davon rechtzeitig benachrichtigen können.»

Am 5. Mai erfuhren Barthélemy und Zürich durch den Grafen von Affry, diese Angelegenheit sei bereits in Paris erledigt worden, der Kriegsminister würde die Schweizerregimenter nur für die Ver- teidigung Frankreichs verwenden.

General Pfyffer erzählt einige Tage später (8. Mai) in einem Brief an Barthélemy, wie einer seiner Vorfahren der erwähnten Vorschrift der Kapitulation zuwidergehandelt und wie der Verstoß geahndet worden war.

«Unter Ludwig XIV. schlug man meinem Großvater vor, mit seinem Regiment auf das andere Ufer des Rheines überzusetzen. Er schrieb nach Luzern, er habe sich geweigert, das französische Ufer zu verlassen. Dennoch tat er es, weil man im Rücken seiner Truppe drohende Kanonen aufgestellt hatte. Als aber Luzern erfuhr, er selbst habe diese List ersonnen, belegte ihn der Staat mit einer großen Buße, und dem Rathaus mußte er Silbergeschirr schenken, das seither eingeschmolzen wurde.»

Obwohl General Pfyffer dieses Vorkommnis ganz ernsthaft als Beleg für den strengen Neutralitätswillen der Schweizer erwähnt, hatte er wahrscheinlich im geheimen Gefallen an dem mutwilligen Streich seines Großvaters. Auch er war einst keck in Kollision getreten mit Staatsvorschriften, allerdings nur mit kantonalen. Als junger Gardehauptmann war er im Februar 1745 von Paris zurückgekehrt, um den Mannschaftsbestand zu ergänzen. Damit der Abschied von der Heimat fröhlich gefeiert wurde, fand die Werbung gewöhnlich in einer Wirtschaft statt, bei Tanz und Trank, so diesmal im Winkel bei Horw. Obwohl Pfyffer als Mitglied des Großen Rates genau wußte, daß im katholischen Kanton Luzern das Tanzen in der Fastenzeit streng verboten war, ließ er es geschehen. Laut Ratsprotokoll wurde dieser übermütige Verstoß gegen die Vorschriften mit 12 Gulden gebüßt.

*Wahrung der Freiheit, mit Frankreich feindlichen Ländern
Kapitulationen abzuschließen*

Wenn auch ein Hitzkopf und Draufgänger wie Dumouriez meinte, die Schweizer würden stillschweigend mit ihm in den Krieg gegen Österreich ziehen, so ist durch das energische Eingreifen des Grafen von Affry, sekundiert von Barthélemy, die so freche Zumutung doch prompt zurückgewiesen worden, und eine Verletzung des Vertrags mit Österreich, der «Erbvereinigung», unterblieben. Frankreich hatte übrigens bisher diesen Vertrag respektiert, aber andere französische Ansprüche bedrohten manchmal die schweizerische Selbständigkeit. Neben ihrer Verbindung mit Frankreich wahrten sich die Schweizer das Recht auf totale Bündnisfähigkeit, also auch die Freiheit, mit Frankreich feindlichen Ländern Kapitulationen abzuschließen. Das bestritten ihnen manchmal die Franzosen, was langwierige Auseinan-

dersetzungen zur Folge hatte, weil die Parteien hartnäckig auf ihrer Ansicht beharrten.

Ein solcher Fall ereignete sich 1793, als Frankreich in den ersten Koalitionskrieg verwickelt war. Im folgenden Brief vom 2. Juli 1793 an Barthélemy verteidigt General Pfyffer treffend und mit furchtloser Offenheit den schweizerischen Standpunkt:

«Das Direktorium in Zürich hat unserer Regierung eine Abschrift Ihrer Reklamation zugesandt, die sich auf die neuen Aushebungen für das Piemont bezieht. Man hat unsere aus dem französischen Dienst entlassenen Offiziere und Soldaten ohne jegliche Pension und Invalidenunterstützung gelassen. Sie sind so schrecklichem Elend preisgegeben, und dennoch scheint man in Frankreich erstaunt zu sein, daß diese Unglücklichen ihren Verdienst in dem Land suchen, das ihnen solchen anbietet. So merkwürdig diese Tatsache auch scheint, so ist das, was nun bei uns geschieht, doch nicht neu. Ohne alte Fälle zu nennen, werde ich Ihnen eine Begebenheit erzählen, die sich während meines Dienstes in Frankreich zugetragen hat.»

«Der Kanton Luzern hob im Jahre 1743 das Regiment Keller aus für den König von Sardinien, mit welchem Frankreich im Kriege stand.»

«Im Jahre 1745 wollte sich die französische Armee die Übergänge nach dem Piemont gewaltsam öffnen und wurde aufs Haupt geschlagen. Dabei wurde der Anführer, der Chevalier de Bellisle, getötet.»

«Ich befand mich auf der Wache in Versailles, als uns diese Nachricht erreichte. Da sprach mir Ludwig XV. vor vielen Leuten von diesem Regiment Keller, lobte seine Tapferkeit und fügte hinzu: Wenn ich gewollt hätte, wäre dieses Regiment in meinen Dienst getreten; es tut mir leid, es nicht genommen zu haben. — Das ist eine sichere Tatsache, die damals nicht die geringste Reklamation verursacht hat, obwohl Frankreich zu jener Zeit fast ein ganzes Regiment und eine Kompanie der Garde in seinem Dienst hatte.»

Der Brief General Pfyffers entspricht ganz dem patriotischen Denken und Empfinden seiner Zeit. Was er erzählt, beweist, daß Frankreich die Kapitulation der Schweiz mit einem feindlichen Staat ohne Reklamation hinnahm.

Heute widerstrebt unserm Empfinden das Unnatürliche solcher Verträge, wo Schweizer Gefahr liefen, in fremden Heeren einander

gegenüberzustehen. Anno 1743 geschah das nicht. Aber man könnte alte Fälle aufzählen, man erinnere sich nur an Malplaquet 1709!

Bedrohte Lage der Schweizerregimenter in Frankreich

Seit Beginn der Französischen Revolution hatte sich die Lage der Schweizerregimenter in Frankreich allmählich verdüstert, schon anfangs 1792 war ihre Sicherheit ernstlich bedroht.

Bedenken wir, daß die Schweizer ihre Verträge nur mit dem König abgeschlossen und nur ihm geschworen hatten, Frankreich treu zu dienen. Nur ihm gegenüber fühlten sie sich also verpflichtet. Wohl war unter der Verfassung von 1791 der König noch Haupt der Regierung und Herr der Armee. Das stand aber bloß auf dem Papier, in Wirklichkeit hatten die Revolutionsmänner schon die Macht an sich gerissen und herrschten sozusagen unumschränkt.

Die Schweizerregimenter hatten der umstürzlerischen Propaganda bisher größtenteils widerstanden. Selbst die Meuterei des Regiments Châteaueux (September 1790) war nicht gegen den König gerichtet; sie deckte nur die eingerissene Disziplinlosigkeit auf. Ein zweites Vorkommnis aber, die Entwaffnung des Regiments von Ernst in Aix (Februar 1792), offenbart den Haß der revolutionären Behörden und des Volkes gegen die Schweizer als Stützen der schwankenden Monarchie. Die Begnadigung der Meuterer (Dezember 1791) und ihre Verherrlichung (9. April 1792) steigerten in der Schweiz die Empörung gegen das Verhalten der Nationalversammlung. Die Affäre von Aix hatte zur Folge, daß schon damals die Frage der Abberufung der Schweizerregimenter erwogen wurde.

General Pfyffer schreibt an Barthélemy (24. April 1792): «Unsere Offiziere kehren widerwillig in ihr Regiment zurück, besonders diejenigen des Regiments Châteaueux. Die Begnadigung der Galeerensträflinge und die Ehren, die man ihnen in der Nationalversammlung erwiesen hat, sind beängstigende Tatsachen: denn schließlich haben doch diese Soldaten ihre Offiziere eingesperrt, gedroht, sie zu ermorden, und die Regimentskasse geplündert . . . Bei dieser Gelegenheit wurde das französische Regiment des Königs bestraft und aufgelöst, während man unsere Leute belohnt hat. Welch abschreckendes Beispiel für unsere Kantone, sie sehen daraus nicht nur, daß man die Kapitulationen mit Füßen tritt, sondern die Nation demütigt!»

«Vergeblich betone ich, daß diese Vorkommnisse eine bedauerliche Folge der Französischen Revolution sind, die sich nicht wiederholen werden, ferner, daß auch alle rechtschaffenen Leute in Paris empört gewesen sind. — Man antwortet mir, geben Sie uns einen sicheren Beweis, daß unsere Befürchtungen leerer Wahn sind, so werden wir Ihnen glauben.»

Die nun folgenden Korrespondenzen befassen sich hauptsächlich mit dem Regiment von Sonnenberg. Anlaß dazu bot die außerordentliche gemeineidgenössische Konferenz von Frauenfeld (14.—30. Mai 1792), wo laut § 13 des Protokolls die Lage der Garde wie der übrigen Schweizertruppen in Frankreich beraten wurde.

Schon am 29. Mai erstattet Barthélemy darüber Bericht an den Außenminister Dumouriez: «Bei meiner Rückkehr von Frauenfeld fand ich hier (in Baden) einen Brief der eidgenössischen Stände an den König und einen anderen an mich. Man hat von Luzern nach Frauenfeld Briefe gebracht mit dem Bericht, daß das Regiment von Sonnenberg in Kürze so behandelt werde wie das Regiment von Ernst in Aix und daß es deshalb verlange, zurückgerufen zu werden. Die Luzerner Abgesandten legten großes Gewicht auf diese Briefe. Hierauf erschienen diejenigen von Freiburg und sagten, ihre Obrigkeit habe sie ermächtigt zu verlangen, daß alle Stände ihre Truppen aus dem französischen Dienste zurückzögen wegen der Gefahren, denen sie ausgesetzt seien. Diesen Vorschlag hörte man mit Empörung an. Darauf beschränkte sich Freiburg auf das Ersuchen, man möge einen neuen Brief an den König richten, um Sicherheit für die Schweizertruppen zu verlangen.»

Die Briefe aus Luzern sind im § 13 des Protokolls nicht erwähnt. In Kürze nur wird berichtet, Luzern habe gewünscht, daß die Bundesverträge und die Kapitulationen gehandhabt werden möchten. Mehr steht im Protokoll vom Begehren Freiburgs. Hier das Ergebnis der Beratung: Eine Rückberufung schein weder der Zeit noch den Umständen angemessen. Man verlange die Einsetzung einer Kommission für den Brief an den König.

Näheres über obengenannte Briefe findet man in einem Bericht von General Pfyffer an Bacher (22. Juni 1792):

«Offiziere des Regiments von Sonnenberg haben ihrem Obersten geschrieben, andere ihren Eltern, und alle diese Briefe bestätigen das nämliche, was uns äußerst beunruhigt. Nicht nur Luzern sorgt sich

um das Regiment, sondern auch Freiburg, Solothurn, Uri und Glarus. Ohne Zweifel haben die Offiziere aus diesen Kantonen auch heimgeschrieben.»

«In der Nähe von Sarrelouis, wo dieses Regiment in Garnison ist, hat man ein kleines Lager von 1500 Nationalgardisten und Soldaten vom Regiment Piemont gebildet. Diese Leute sind nur damit beschäftigt, unsere Schweizer zu belästigen. Auf jede Weise und durch alle Arten von Drohungen haben sie das Regiment, das die (königliche) Kokarde trägt, gezwungen, dazu noch ein dreifarbenes Bändchen im Knopfloch zu tragen. Sie reizen unsere Soldaten auf, ihre Offiziere zu ermorden, sich der Regimentskasse zu bemächtigen, mit einem Wort, alle Mittel und alle Drohungen sind ihnen gut genug. Die Briefe, die wir erhalten, sind wirklich jammervoll, und man erschrickt im voraus vor den nächsten, die wir erhalten werden. In einem Brief an den Herrn Gesandten¹⁸ bezeugten wir, wie sehr wir es bedauerten, wenn diese Plackereien uns zwingen, den Dienst in Frankreich zu verlassen. Das bedeutet für ihn auch, daß diese Briefe aus Sarrelouis die Partei von Caamaño verstärkt haben. Der Spanier wünscht, daß wir endlich gezwungen werden, unsere Truppen zurückzurufen, damit sie in andere Dienste treten.»

Zu derselben Zeit (17. und 26. Juni) hatte General Pfyffer wegen der bedrohten Lage der Schweizerregimenter auch an Barthélemy geschrieben¹⁹, so daß dieser in Paris darauf drang, daß man das Regiment Sonnenberg aus Sarrelouis entferne, dessen Oberst sich übrigens in Luzern befinde, wo er seit Ausbruch der Revolution seine Zeit mit Intrigieren verbringe. Der Brief Barthélemys (23. Juni) traf in Paris ein, als Dumouriez bereits demissioniert hatte. Sobald es Barthélemy erfuhr, sandte er dem neuen Außenminister, Chambonas, einen ausführlichen Bericht (30. Juni).

¹⁸ Offizieller Brief der Regierung Luzerns an Barthélemy, 20. Juni 1792.

¹⁹ Im zweiten Brief (26. Juni) erzählt General Pfyffer nebenbei den folgenden Zwischenfall: ... Ein mehr drolliger Händel entstand kürzlich in der kleinen Republik Gersau an unserm See. Eine zahlreiche, von Spanien angeworbene Rekrutenschar, bestehend aus allen Arten von Deserteuren, war dort gelandet, um zu essen. Ein Schiff mit Rekruten nach Frankreich fuhr vorbei und wurde von den Spaniern beschimpft. Rasch ruderten die fränkischen Rekruten dem Ufer zu, verfolgten die spanischen Gegner, die zersprengt den Berg hinauf flohen, wobei eine Anzahl desertierte und ihre verdutzten Anführer im Stiche ließ.

Darin betonte er zuerst, daß die durch die Lage der Schweizerregimenter, besonders des Regiments Sonnenberg, hervorgerufene Unruhe bereits die Waldstätte ergriffen habe. Die Schweizeroffiziere in Frankreich sollten ihren Kantonen heimschreiben können, daß sie und ihre Soldaten sich in ihren Garnisonen in Sicherheit befänden. Es sei wünschenswert, das Regiment Sonnenberg aus Sarrelouis zurückzuführen.

Dann kritisiert er, mit Recht oder Unrecht, die nach seiner Ansicht bisher auf beiden Seiten begangenen Fehler: «Ich weiß wohl, daß wir einigen Regimentern, besonders ihren Obersten und Offizieren, große Vorwürfe machen könnten. Ohne Rücksicht auf unsern neuen politischen Umschwung haben sie oft durch ihr unvorsichtiges Reden Haß und ärgerliche Vorkommnisse für beide Nationen verursacht. Uns könnten wir vorwerfen, daß wir es seit langem unterließen, diese Herren durch ihre Kantone allen ernstes zu ermahnen, die durch die Umstände gebotene vorsichtige Zurückhaltung zu wahren. Den Obersten dieser Regimenter hätten wir befehlen sollen, sich einige Zeit an die Spitze ihrer Truppen zu begeben, den gesetzlichen Eid zu leisten und ihren Soldaten das Beispiel des Gehorsams und der Zurückhaltung zu geben. Statt dessen duldeten wir ihren Aufenthalt in der Schweiz und ihre Intrigen gegen die Nation, welche sie bezahlt. Diese Bemerkung betrifft besonders den Herrn von Sonnenberg und sein Regiment, von dem heute die Rede ist. Da die Verhältnisse sich so entwickelt und in Anbetracht der allgemeinen heiklen Lage und um uns weitere Schwierigkeiten zu ersparen, scheint es mir heute wichtig, daß wir den eidgenössischen Ständen jeden Vorwand für den Rückruf ihrer Truppen entziehen» . . .

Chambonas scheint diesen Bericht Barthélemys ziemlich leicht genommen zu haben, denn erst am 18. Juli berichtet er dem Kriegsmi-
nister Lajard, es sei nötig, sich um die Sicherheit der Schweizerregimenter zu kümmern. Die Offiziere, hauptsächlich diejenigen des Regiments Sonnenberg, seien zu überwachen, wahrscheinlich hätten sie die Scherereien verursacht, über die sie sich beklagten. Dem Obersten von Sonnenberg solle man befehlen, die Stelle bei seinem Korps einzunehmen, und vielleicht wäre es auch gut, den nämlichen Befehl an andere abwesende Obersten ergehen zu lassen.

In einem spätern Brief (25. Juli) an Lajard wiederholt Chambonas die gleiche Mahnung, verlangt eingehende Auskünfte über das

Regiment Sonnenberg und äußert die Absicht, dessen Offiziere un-nachsichtlich in Luzern zu denunzieren.

Alle diese geplanten Maßnahmen kamen zu spät, die Ereignisse überstürzten sich: es kam der 10. August 1792, dann das Dekret der Nationalversammlung vom 20. August, das die sofortige Entlassung der Schweizerregimenter verordnete und einem überlebten System, das mit dem neuen Regime der Revolution unvereinbar war, ein Ende bereitete. Leider waren die Bedingungen, unter denen die Schweizer heimkehren sollten, widerwärtig, ja beleidigend für sie und mußten beiden Ländern neue Schwierigkeiten schaffen.

Gefährdete Heimkehr der aufgelösten Regimenter aus Frankreich

In der Tat sollten diese Regimenter, in Gruppen von nur 20—25 Mann aufgelöst, heimkehren; sie wären so tausend Gefahren ausgesetzt gewesen. Hauptsächlich am 31. August machte Barthélemy Le Brun, den neuen Außenminister, auf diese Unzukömmlichkeiten aufmerksam, teilte ihm die Befürchtungen der Schweizer mit und sagte ihm, daß das Volk, aufgereizt durch dieses Vorgehen, die Geduld verlieren und Repressalien gegen die Franzosen, die in der Schweiz wohnten, ergreifen könnte.

Es wurde ihm geantwortet, daß die kritisierte Maßnahme zum Wohl dieser Soldaten getroffen worden sei. Man wolle nicht, daß ihre Anwesenheit durch größere Ansammlungen bemerkbar werde, und habe ihnen die Waffen abgenommen, weil die revolutionären Armeen sie nötig hätten.

Zuletzt jedoch, nach dem wiederholten Verlangen von Barthélemy, gestattete man, daß die Regimenter in genügend starke Abteilungen von 200—300 Mann aufgelöst wurden, damit sie selbst für ihre Sicherheit sorgen könnten, und daß sie erst an der Grenze entwaffnet würden.

Trotz dieser Vorsichtsmaßnahmen mußte sich die Heimschaffung der Schweizer durch das aufgewühlte Frankreich dramatisch gestalten.

Am 4. September schreibt General Pfyffer an Bacher: «Der Befehl, den Barthélemy vom neuen Ministerium erhalten hat, uns Brüderlichkeit und Freundschaft zu bezeigen, wird von der ganzen

Schweiz als ein sehr schlechter Witz betrachtet, in diesem Augenblick, wo man uns so elend behandelt.»

«In unserm ganzen Volk herrscht Erbitterung gegen alles, was französisch ist, so daß ich befürchte, irgendein unschuldiger Reisender könnte ermordet werden. Beinahe hätte sich das vor wenigen Tagen auf unserem See ereignet, aber die Reisenden konnten sich im letzten Moment als Italiener ausweisen.» . . .

«Die 300 Mann Schweizergarden, die in Evreux nicht aufgenommen wurden²⁰, sind 11 Tage marschiert, ohne Gastfreundschaft zu finden. Sie trennten sich, und endlich fanden 150 Mann Unterkunft in Dieppe, sie haben kein Geld und wissen nicht, was aus den andern 150 Mann geworden ist. Ein Offizier dieser Abteilung (von Hertenstein) hat uns aus Dieppe den jämmerlichsten Brief geschrieben.»

«Einer der höchsten Offiziere des Regiments Châteaueux schrieb, daß man bei ihrer Ankunft in Marsal während der Nacht alle ihre Offiziere ermorden wollte. Sie hätten dieses Komplott entdeckt, es habe tatsächlich bestanden.»

Der General berichtet weiter an Bacher am 6. September: «Gestern ist der Hauptmann Schnider angekommen, der uns berichtet, das Regiment Sonnenberg werde in Marsal aufgelöst. Obwohl er mit einem guten Paß der Stadtbehörde und des Kommissärs versehen war, wurde dieser Offizier vorübergehend verhaftet und geriet später an mehreren Orten in Gefahr, besonders in Lunéville. Als er dort um Mitternacht ankam, wurde Alarm geschlagen, alle Leute wachten auf und ergingen sich in Verwünschungen gegen ihn und die Schweizer. Man führte ihn von einem Peloton Soldaten zum andern. Einige Zeit blieb er eingesperrt, aber endlich ließ man ihn abreisen. Auf seinem Paß ist Hüningen als Bestimmungsort angegeben.»

«Der Kommissär, den man nach Marsal geschickt hatte, hielt den Truppen eine Ansprache auf französisch und deutsch. Die schönsten Versprechen wurden denen gemacht, die in Frankreich verbleiben wollten. Gegen die Schweiz bediente man sich der schimpflichsten Ausdrücke.»

²⁰ Am 2. August hatte der Oberst der Schweizergarde durch ein Dekret der französischen Nationalversammlung den königlichen Befehl erhalten, ein Detachement von 300 Mann nach Evreux zu senden, um die Zufuhren zu Wasser und zu Land in die Hauptstadt zu schützen. Das Dekret wurde auf Betreiben der Revolutionsmänner erlassen, die stets den Plan verfolgten, die Schweizergarden, die treuesten Verteidiger des Thrones, aus Paris zu entfernen.

«Das Regiment kehrt mit Waffen und Fahnen zugleich zurück. Aber der Hauptmann Schnider glaubt, es werde in St.-Louis entwaffnet. Es hat keine Nachricht von den andern Regimentern, denen man ohne Zweifel die gleichen Liebenswürdigkeiten erweist.» . . .

«Wenn man über die Lage des Botschafters inmitten solcher Umstände nachdenkt, so bin ich versucht zu glauben, daß, wenn er den Befehl hat, hier zu bleiben, der Grund darin liegt, daß man ihm entweder einen Streich spielen oder uns schikanieren wolle.»

«Ich erhalte soeben einen Brief von Herrn de Châteauvieux. Er geht nach Aarau, um zu bewirken, daß sein Regiment den Befehl erhalte, in die Schweiz zurückzukehren»²¹.

Am 14. September, am Tage vor dem Abbruch der offiziellen Beziehungen der Schweiz mit Frankreich, empfiehlt Schultheiß Pfyffer die Abteilung «Schweizergarde», deren trauriges Los wir bereits kennen, der wohlwollenden Fürsorge von Barthélemy, damit sie unterstützt werde und mit Ehre in ihr Vaterland zurückkehren könne. Er wiederholt, was sein Vetter bereits Bacher gemeldet hat, und fügt Einzelheiten bei:

«Unsere Regierung hat zu ihrem größten Leidwesen von der bedenklichen Lage erfahren, in welcher sich die Abteilung «Schweizergarde» befindet, welche vor den traurigen Ereignissen des 10. August nach Evreux abkommandiert worden war. In derselben befinden sich zwei unserer Offiziere, die Herren von Hertenstein und Rusca mit 50 Luzernern²². Ihre Lage wird nachdrücklich geschildert in einem Brief vom 20. August, der von Hertenstein uns geschrieben. Seit ihrer Versetzung haben sie keine Nachrichten mehr erhalten und sind sich selbst überlassen in einer Provinz, wo die meisten Städte sie ungerne

²¹ Auf seinem Rückzug aus Frankreich hatte das Regiment Châteauvieux von den Befehlshabern der Armee der Prinzen die Aufforderung erhalten, zu ihnen zu stossen. Drohende Befehle aus der Schweiz verhinderten aber den Übertritt. Den beiden Baslerkompanien dieses Regiments wurde von ihrem Kanton, im Falle von Widersetzlichkeit, sogar der Entzug des Bürgerrechts und die Beschlagnahme des Vermögens angedroht.

²² Die 50 Luzerner stammten aus den Kompanien von Dürler und Pfyffer. Diese beiden Hauptleute mußten in Paris beim übrigen Teil ihres Korps verbleiben und waren an der Verteidigung der Tuilerien beteiligt. In einem Brief vom 17. November ersucht Barthélemy den Außenminister dringend, dafür zu sorgen, «daß die zwei Hauptleute der Schweizergarde, Dürler und Pfyffer, die nach dem 10. August sich in Paris versteckt aufhalten, ohne Gefahr in ihre Heimat zurückkehren können.»

aufnehmen. Nach elf langen Marschtagen gelangten sie nach Dieppe, und diese Stadt war bereit, die Hälfte der Abteilung aufzunehmen, aber sie können sich nur vorläufig dort aufhalten. Von Paris erhielten sie einen Vorschuß für ihre dringendsten Bedürfnisse, leider ist die Summe klein. Wer wird ihnen weiter helfen, wenn sie verbraucht ist?» . . .

Unter ähnlichen Umständen, wie sie in diesen Briefen geschildert sind, werden die meisten Schweizer in die Heimat zurückgekehrt sein. Einige, sogar eine gewisse Anzahl, sind in Frankreich verblieben, wenn wir dem Brief von Dumouriez an Le Brun vom 24. August 1792 Glauben schenken. Der ehemalige Kriegs- und Außenminister war nun wieder General im Aktivdienst, im Generalquartier von Valenciennes. Er rühmt sich, er sei der gesetzlichen Auflösung der Schweizerregimenter zuvorgekommen, indem er die Bildung eines Freiwilligenbataillons verkündet habe. Sofort seien die Schweizer herbeigeströmt aus Lille, Valenciennes, Dunkerque und Arras (wo die Regimenter von Diesbach, von Courten, Reinach und Salis-Samaden stationiert waren). Er verfüge jetzt über 2400 ausgezeichnete Infanteriesoldaten, ohne Ansprüche und ohne Privilegien.

Aussicht auf Söldnerdienst in andern Ländern als Frankreich

Wie dem auch sein mag, Tatsache ist, daß der Großteil der Entlassenen in die Heimat zurückkehrte. Diese aber konnte ihnen kaum einen auskömmlichen Lebensunterhalt bieten, weshalb viele nichts anderes wünschten, als wieder in fremde Dienste zu treten, und dazu waren ja die kriegerischen Zeiten günstig.

Die verlockenden Möglichkeiten, die sich ihnen darboten, in andern Ländern als in Frankreich den Solddienst wieder aufzunehmen, werden aufgezählt in der Abschrift eines Berichtes aus Luzern vom 9. April 1793. Das Schriftstück trägt keine Adresse, es fehlt auch die Unterschrift, sein Verfasser ist höchst wahrscheinlich einer der beiden Pfyffer, der General oder der Schultheiß. Die wichtigsten Stellen lauten wie folgt:

«Caamaño, der spanische Minister, ist soeben ermächtigt worden, zwei Schweizerregimenter auszuheben. Sein Hof hat ihm zwei Kapitulationen übersandt mit günstigen Bedingungen. Alle unsere kleinen Kantone werden sich beeilen, diesen Dienst zu gestatten. Von Solothurn sagt man auch, es interessiere sich für eines dieser Regimenter.»

«Nachrichten aus Turin besagen, daß man dort ebenfalls geneigt ist, zwei Schweizerregimenter für Spanien auszuheben.»

Schließlich ist noch die Rede von Nikolaus-Franz Bachmann, ehemals Oberstleutnant in Frankreich, Inhaber einer Kapitulation für den sardinischen Dienst.

Frankreich versucht vergeblich, Truppen anzuwerben

Nach dieser Aufzählung von erfolgreichen Dienstangeboten aus Spanien und Sardinien berichtet nun der Schreiber ausführlich von seinen vergeblichen Bemühungen zu Gunsten der französischen Werbeaktion.

«Allen unsern Offizieren und auch denen aus den Waldstätten habe ich mit allen Einzelheiten den Beschluß des provisorischen ausführenden Komitees mitgeteilt, der die Wiederaufnahme der Offiziere, Unteroffiziere und Schweizersoldaten in den Dienst der Republik regelt. Auch gab ich ihnen Kenntnis von den versprochenen Vorteilen im Fall von Dienstentlassung bei Friedensschluß.»

«Ich erwartete, daß eine große Anzahl sich nach und nach melden würde. Allein die verspätete Auszahlung der Ruhegehälter von 1791 und 1792 für die in der Schweiz lebenden ehemaligen Offiziere, der Mangel jeglicher Unterstützung für die letzten Jahres entlassenen Offiziere, die in Vergessenheit geratenen Entschädigungen, welche allen Offizieren versprochen worden waren, alles das verärgert derart, daß ein Dienst, in dem man so schlecht behandelt wird, seine Anziehungskraft verliert. Man mache doch ernsthaft Schluß mit all diesem Zögern und Hinausschieben von fälligen Leistungen. Bloße Versprechen sind wirkungslos, und es tut mir leid, eine zunehmende Erbitterung konstatieren zu müssen. Diese Geistesverfassung läuft den französischen Interessen zuwider, aber es wäre möglich und sehr leicht gewesen, sie zu vermeiden.»

Die Schuld am Ausbleiben des französischen Geldes darf man nicht irgendwelcher Nachlässigkeit oder dem bösen Willen des Finanzministeriums zuschreiben. Sie beruht auf dem mittelalterlichen Steuersystem Frankreichs, das sich keineswegs den neuen Verhältnissen anpassen ließ. Seit Jahrhunderten litt der französische Staatsschatz an chronischer Geldknappheit.

Seit langem wußte man, daß die Schweizersöldner manchmal den ausstehenden Sold nachdrücklich reklamieren mußten. Der Aus-

spruch: «Kein Geld, keine Schweizer» wurde nicht erst in der Revolutionszeit geprägt.

Während der Regierungszeit Ludwigs XVI. herrschte Wohlstand in Frankreich, das Land war reich, der Staat aber arm. Ganz schlimm gestaltete sich die Lage der Finanzen in den letzten zehn Jahren des alten Regimes. Es ist hier nicht der Ort, alle Umstände zu erörtern, die sie verursachten. Die Einberufung der Etats généraux (1789) bedeutete, daß man Remedur schaffen wollte, und stellte eine Finanzreform in Aussicht. Wirklich räumten die drei Stände mit allen Privilegien und Steuerfreiheiten auf, verstanden es aber nicht, die leeren Staatskassen zu füllen. Um dem drohenden Bankrott zu entgehen, säkularisierte man das Kirchengut (ca. $\frac{1}{4}$ des Nationalvermögens), nahm man die Zuflucht zum Papiergeld, den berüchtigten Assignaten. Sie hatten bereits 50% ihres nominalen Wertes verloren, als Barthélemy sein Amt antrat.

Beschwerden der Schweizer

Die Schweizer beschwerten sich, sobald sie an Stelle des harten Geldes mehr oder weniger entwertetes Papiergeld entgegennehmen mußten, aber bald stockten auch diese Zahlungen und hörten sogar gänzlich auf.

In den Papieren Barthélemys befinden sich drei Briefe aus Luzern, die sich mit dieser Angelegenheit befassen. Um Wiederholungen der stets gleichen oder ähnlichen Beschwerden zu vermeiden, folgt hier nur das Schreiben von General Pfyffer an Barthélemy (7. August 1792):

«Ich werde von armen Invaliden belästigt, denen man die Pension nicht auszahlt und die keinen Kredit finden. Ebenfalls schreiben mir zahlreiche Offiziere deswegen, während ich selbst auch Leidtragender bin. Dazu erhalten wir ein Rundschreiben von Herrn Troette²³, damit wir alle dem Minister unsere Ansprüche und Anrechte auf Pension angeben. Zum zweiten Mal verlangt man das von uns, gescheiter wäre, uns zu sagen, man werde nicht mehr zahlen, denn diese Deklaration muß von niemand legalisiert noch bezeugt werden, so daß jeder angeben kann, was ihm beliebt. Man kann sich vorstellen, welch

²³ Troette, le payeur général de France, zahlte den Schweizern die Pensionen aus.

schöne Briefe das ergeben und welchen Wert man ihnen beimessen wird. Ich glaube, es wäre politisch klüger gewesen, nicht zu zahlen und zu schweigen, als einen zum zweiten Mal zum Narren zu halten.»

Das ist die deutliche, energische und zugleich würdige Sprache des alten Generals. Nach gründlicher Durchsicht der vorliegenden Akten ergibt sich, daß dieses Schreiben die einzige Anspielung Pfyffers auf die eigene finanzielle Lage enthält, wenn er schreibt, er selbst sei auch Leidtragender. Bisher hatte er 15 000 Livres als Pension für 40 Jahre ehrenvolle militärische Dienste bezogen. Was das Ausbleiben eines solch beträchtlichen Jahreseinkommens für ihn bedeutete, kann man sich denken. Nie aber hat er sich herabgewürdigt, einen Bettelbrief zu schreiben.

Mahnbrief Barthélemys an den Außenminister Le Brun

Barthélemy hat stets die berechtigten finanziellen Beschwerden der Schweizer gemeldet, begründet und unterstützt. Hören wir nun, wie der erfahrene Diplomat den Außenminister Le Brun an die Verpflichtungen Frankreichs erinnert und ihm die wichtige Rolle schildert, die das Geld als Stütze der Politik damals spielte.

... «Ich wiederhole, daß wir allzusehr unsere finanziellen Verbindlichkeiten gegenüber der Schweiz vernachlässigen. Man darf das Geld nicht, wie es unter dem alten Regime geschehen ist, mißbrauchen und verschleudern, es soll, wie das aus den feierlichen Verpflichtungen und Bündnissen hervorgeht, als Belohnung für militärische und politische Dienste verwendet werden. Das Geld kann unsere politischen Beziehungen zu den Kantonen fördern, ohne das Geld reissen alle Bande, bleiben wir ohne Kontakt. Ohne das Geld wäre es unnütz, daß die französische Nation weiterhin mit großem Aufwand einen Gesandten in der Schweiz unterhalte, der seit fünfzehn Monaten Versprechen über Versprechen gibt, von denen fast nie eines gehalten wird. Glauben Sie mir, wenn man zwischen Geld und Politik eine Wahl treffen müßte, so wären die Bürger Berville und Troette²⁴ unsere nützlichsten Gesandten in der Schweiz, vorausgesetzt, sie hätten Mittel genug, unsern Verpflichtungen nachzukommen. Viel leichter würde man uns bewegen, die Schweizer zu bekriegen und für dieses

²⁴ Berville war der Bankier der französischen Gesandtschaft in Solothurn und Troette, der bereits erwähnte Pensionerauszahler.

schandbare Verbrechen Millionen auszugeben, als daß wir uns entschließen könnten, einige hunderttausend Livres auszugeben, die wir ihnen schulden, die das Zutrauen wiederherstellen und unsere nachbarlichen Grenzen sichern würden» . . . (20. März 1793).

Wenn Barthélemy schreibt: viel leichter würde man uns bewegen, die Schweizer zu bekriegen, deutet er wahrscheinlich auf den Pariser Schweizerklub, der seit langer Zeit die patrizischen Kantone anprangerte, und dessen Bestreben dahinzielte, mit Hilfe der revolutionären Machthaber in der Schweiz den Umsturz herbeizuführen. Wohl dachte er auch an den fanatischen Jakobinerklub, der alle geknechteten Nationen durch Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit erlösen wollte und bereits Pläne für die Eroberung der Schweiz ausheckte. Barthélemy sah das gewalttätige Eingreifen Frankreichs voraus und brandmarkte es als schändliches Verbrechen. Dieser wohlwollenden Gesinnung der Schweiz gegenüber blieb Barthélemy stets treu. Am 20. Mai 1797 wurde er Mitglied des Direktoriums, und als dieses erwog, ob man die Republik Wallis aus militärischen Gründen besetzen wolle, widersetzte er sich ganz besonders diesem Plan, denn das Wallis war mit der Schweiz verbündet und die Annexion hätte den Bruch mit der Eidgenossenschaft herbeigeführt. Aber Barthélemy wurde das Opfer seiner maßvollen und friedlichen Politik. Beim Staatsstreich vom 18. Fructidor (4. September) 1797 wurde er verhaftet und zur Deportation nach der Kolonie Guyana verurteilt.

KORRESPONDENZEN ÜBER PENSIONEN EINIGER LUZERNER SCHULTHEISSEN

Schultheiß Pfyffer ersucht um einen Vorschuß auf seine Pension

Anfangs 1792 befand sich Schultheiß Pfyffer in Geldverlegenheit. Er sah keinen andern Ausweg aus der Klemme als die Möglichkeit, einen Vorschuß auf seinen Gehalt zu erlangen. Das Amt als Schultheißen trug ihm 600 Pfund ein, dazu bezog er noch eine geheime Pension von 1200 Pfund. Beides spendete in jener Zeit der König von Frankreich.

In den ersten Tagen des Februar erfuhren die beiden Pfyffer, der neue Botschafter Barthélemy werde ihnen mit seinem Sekretär Bacher auf der Durchreise von Bern nach Zürich einen Besuch abstatten. Da bot sich dem Schultheißen eine günstige Gelegenheit, sein Anliegen vorzubringen, aber nicht dem Botschafter, denn es wäre unschicklich gewesen, ihn bei der ersten Begegnung mit mißlichen privaten Angelegenheiten zu behelligen. Mit Bacher hingegen stand Pfyffer seit Jahren in vertrautem Verkehr, und wahrscheinlich meinte er, dieser könne die Sache ohne weiteres erledigen. Aber da er keine Gelegenheit fand, mit dem Geschäftsträger ohne Zeugen zu sprechen, sandte er ihm einige Tage später, am 14. Februar, ein schriftliches Gesuch und bat um 100 Louisdor auf seine Pension, davon 50 für das laufende und 50 für das nächste Jahr. Das sollte, wie er sich ausdrückt, infolge der augenblicklichen Umstände geheim bleiben. Er wollte daher, daß man ihm das Geld weder durch Vermittlung des Salzdirektors²⁵ sende noch durch die des Generals (seines Veters). Lieber würde er selber jemand nach Solothurn schicken, oder wenn das nicht beliebt, solle man das Geld dem ordentlichen Boten anvertrauen.

Allein weder der Gesandtschaftssekretär noch der Botschafter besaßen die Kompetenz, dem Gesuch zu entsprechen, daher legte es Barthélemy einem Briefe bei, den er am 19. Februar an den Außenminister De Lessart richtete. Darin findet man folgende Stelle: «Ich würde es als sehr wertvoll erachten, wenn das beiliegende Gesuch des Schultheißen Pfyffer günstig aufgenommen würde. Unter den heutigen Umständen ist das Geld gut verwendet, wenn es dazu dient, einflußreiche Schweizer in ihrem Diensteifer für unsere Sache zu erhalten.»

Von De Lessart kam keine Antwort. In jener Zeit war er in den hitzigsten Kampf mit der kriegstreibenden Partei der Girondisten verwickelt. Selbst die Kunde von seinem am 10. März erfolgten Sturz und seiner Gefangennahme war Barthélemy noch unbekannt, als er ihm am 18. März einen weitläufigen Bericht einsandte über die gewaltige Aufregung in der Schweiz, über die Empörung gegen das revolutionäre Frankreich, welche die Affaire von Aix verursacht hat-

²⁵ Ein Ratsabgeordneter — diesmal war es der Salzdirektor — begab sich nach Anzeige der französischen Gesandtschaft nach Solothurn, um die Pensionen, Gratifikationen usw. abzuholen.

te. Im Anschluß daran hatte er den Außenminister noch an das unbeantwortete Gesuch erinnert:

... «Erlauben Sie, daß ich Sie an die Bitte zu Gunsten des Schult- heißen Pfyffer von Luzern erinnere. Diese Gratifikation wäre gut angebracht in einem Moment, wo der Staat, den er verwaltet, heftig gegen uns aufgewiegelt wird. Nebenbei versichere ich Sie, daß ich Ihnen weder Geldgesuche noch Maßnahmen anempfehle, die auf Intrige oder Korruption beruhen. Vielleicht würden wir gut tun, überall bekannt zu geben, daß wir diese verabscheuungswürdigen Mittel in den Kantonen der Schweiz nicht anwenden wollen, daß wir geduldig den Zeitpunkt erwarten, wo sie von selbst ihre wahren Interessen erkennen» ...

Beunruhigt durch das Ausbleiben der erhofften Antwort wie auch durch die gespannte politische Lage, wandte sich Pfyffer vertrauensvoll an Barthélemy:

... «Trotz allem, was sich noch ereignen wird, wünsche ich als guter Patriot, daß die guten Beziehungen, die seit vielen Jahrhunderten zwischen unsern beiden Nationen bestanden, nicht getrübt werden. Ist das nicht möglich, oder erlauben es die Umstände nicht, ersuche ich Sie, einen Mann zu beschützen, dessen Vorfahren seit Ludwig Pfyffer (von dem ich in direkter Linie abstamme) stets getreu im politischen wie militärischen Dienst Frankreichs standen, und zu erwirken, daß ich die geheime Pension von 1200 Pfund nicht verliere, um deren Vorausbezahlung ich ersucht habe. Die andere Pension von 600 Pfund genieße ich von Amts, nicht persönlicher Rücksichten wegen. Die Rechtlichkeit meines Gesuches und Ihr wohlwollendes Entgegenkommen lassen mich hoffen, daß Sie diesen Schutz übernehmen und die Bitte eines Mannes nicht abschlagen werden, der Ihnen bis an das Ende seiner Tage erkenntlich und stets zu Diensten sein wird» ... (27. März).

In einem Schreiben (30. März) an den neuen Außenminister Dumouriez, drang Barthélemy darauf, daß die Gratifikation, die er für Pfyffer verlangt hatte, gewährt werde. «Dieser Luzerner Magistrat kann und wird uns sehr nützlich sein in Anbetracht der Ankunft des spanischen Botschafters und besonders im Moment, wo eine Menge von Intriganten sich in seinem Kanton vereinigen, um die Waldstätte gegen uns aufzuwiegeln, auf die Luzern einen großen Einfluß ausübt» ...

Die Antwort (9. April) lautete günstig: ... «Was Herrn Pfyffer anbelangt, benachrichtigen Sie ihn, daß ihm die Gratifikation gewährt wird» ...

Ein weiteres Gesuch von Schultheiß Pfyffer in Pensionsangelegenheiten trägt das Datum vom 30. April 1794, es stammt aus einer Zeit also, wo der Goldstrom aus Frankreich gänzlich zu versiegen drohte, und ist an Barthélemy adressiert:

... «Dürfte ich Ihre Excellenz fragen, denn nur Sie besitzen mein vollstes Vertrauen, ob nicht ein schwacher Hoffnungsstrahl existiert, etwas von meiner Pension zu retten. Wenn ich augenblicklich auch nur 25 Louisdor erhalten könnte, wäre das für mich schon eine große Hilfe. Ohne Ihre Fürsprache hätte ich nie etwas erhalten. Ihrem Wohlwollen verdanke ich alles, was ich habe.»

In den Papieren Barthélemys findet man kein Dokument, das Auskunft über das Schicksal dieser Bittschrift erteilt.

Verdienste der Schultheißen Amrhyn und Krus sowie des Generals Pfyffer um die Sache Frankreichs — Notwendigkeit dem Rat in Luzern die Pensionen für 1791 auszuzahlen — Festlegung der Pension für den Schultheißen Krus — Rolle des Geldes in der Politik ...

Diese Titel resümieren den Brief, den Barthélemy am 11. März 1793 an den Außenminister Le Brun richtete. Das Schriftstück wirft ein helles Licht auf die dunklen Machenschaften im Pensionswesen und kennzeichnet die Rolle, welche dem Gelde zugedacht wird als Belohnung für politische Dienste und als Lockmittel, wenn man eine für Frankreich günstige Stimmung schaffen will.

«Mit meinem Brief No. 139 benachrichtigte ich Sie, ich hätte die Absicht, Sie über die zwei Schultheißen von Luzern zu unterhalten, die zusammen mit dem General Pfyffer und unsern andern Anhängern die große Mehrheit der Stimmen für meine Anerkennung als Gesandter der französischen Republik zustandegebracht haben. Und das trotz der Partei des Nuntius, der österreichischen und spanischen Minister, der Sendlinge des sogenannten Regenten und der ehemaligen Prinzen. Dieser kühne und scharfe Vorstoß der aristokratischsten Regierung der ganzen Schweiz, deren Ämter erblich sind und die Macht vom Vater auf den Sohn übergehen lassen, hat das größte

Aufsehen bei den andern katholischen Kantonen erregt. Jetzt haben diese vor den Augen das Beispiel von Zürich, Bern und des katholischen Vororts Luzern wie von mehreren andern Kantonen der Eidgenossenschaft. Jetzt können sie sich der Anerkennung nicht entziehen, sonst würden sie eine wirkliche Gleichgültigkeit für die Beziehungen beweisen, die mit Frankreich zu unterhalten sie das größte Interesse haben wegen der Vorteile, die daraus entstehen.»

«Um die demokratischen Kantone sicher zu beeinflussen und dem hohen Rat von Luzern einen öffentlichen Beweis der Zufriedenheit zu geben, wäre es schicklich, seinen Mitgliedern wie früher die gewohnten Pensionen für 1791 auszuzahlen. Wenn wir in Luzern ein wenig die Taler rollen lassen, widerhallt ihr Klang in all den kleinen Kantonen. Da man dort feine Ohren hat und es gewichtige Argumente braucht, diese Bergler davon zu überzeugen, daß die Staatsräson gegenwärtig die Wiederaufnahme des offiziellen Verkehrs verlangt, wäre ich gar nicht erstaunt, wenn die Behörden und Magistrate in ihrer unersättlichen Habgier sich entschieden, eine außerordentliche Landsgemeinde einzuberufen, um vor dem Volke ihren Wunsch nach meiner Anerkennung Ausdruck zu geben.»

«Mit 20000 Pfund bar oder 40000 Pfund in Assignaten (sie stehen gegenwärtig 50% unter dem Nennwert), die Sie mir senden würden, um sie der Summe von 19000 Pfund in bar beizufügen, die bereits in Luzern für die Auszahlung der politischen Pensionen deponiert ist, würden wir die wesentlichste unserer Bundespflichten gegen den Kanton Luzern erfüllen. Dann würde die Hoffnung, ebenso gut behandelt zu werden, die Gefühle der demokratischen Kantone wieder für Frankreich erwärmen und denjenigen ein Dementi erteilen, die sie bisher gegen uns aufgehetzt und ihnen vorgeschwätzt haben, wir würden ihnen nicht mehr Salz liefern noch Geld geben. Es wäre sogar sehr vorteilhaft, wenn Sie mich baldigst ermächtigten, dem Kanton Luzern offiziell die Auszahlung der Pensionen anzuzeigen. Sie würden mir dann die 20000 Pfund Bargeld oder den Gegenwert in Assignaten anfangs April zukommen lassen, so daß die Übergabe der Gelder spätestens in der Zeit vom 15. bis 20. April stattfände, nämlich acht Tage vor den Landsgemeinden in den demokratischen Kantonen. Soviel Zeit würde es nämlich brauchen, bis die Nachricht von der Auszahlung der Gelder in Luzern überall bekannt würde und diese Versammlungen günstig beeinflusste.»

«Herr Krus, der neue Schultheiß von Luzern, figurierte bisher für die Summe von 939 Pfund auf dem Register der Gratifikationen. Eine Summe von 661 Pfund ist für den Posten des Schultheißen bestimmt. Sein Vorgänger, Herr Amrhyn, bezog sie und sie ist inbegriffen in seiner jährlichen Gratifikation von 1974 Pfund. Herr Schultheiß Krus, der sich um meine Anerkennung verdient gemacht hat, darf also hoffen, bei der nächsten Auszahlung der Pensionen 1600 Pfund zu beziehen, nämlich 939 Pfund für seine jährliche Pension und 661 Pfund für sein neues Amt.»

«Wegen ihres großen Einflusses in den Ländern haben wir heute ein wirkliches Interesse, uns die führenden Staatsmänner Luzerns zu verpflichten und sie in ihrer guten Gesinnung zu erhalten.»

«In dem Maße, wie Sie mit den innern Verhältnissen der Schweiz vertraut werden, wird sich Ihnen die Überzeugung aufdrängen, daß in diesem Land das Geld intim mit der Politik verbunden ist, und daß wir ohne diesen erstklassigen Antrieb keinen wirksamen Einfluß gewinnen.»

EINE ASSIGNATENAFFAIRE

Vor Frankreich hatte Nordamerika bereits ein unglückliches Experiment mit inflationistischer Ausgabe von Papiergeld gemacht. Keine behördlichen Maßnahmen vermochten die rapide Geldentwertung, wie das ungeheure Steigen der Kosten der Lebenshaltung aufzuhalten.

Trotz Warnung führender Politiker unter Hinweis auf diesen abschreckenden Vorgang, griff auch Frankreich, um den Mangel an gemünztem Gelde weniger fühlbar zu machen, zum bequemen Mittel des Papiergeldes. Allerdings war das Assignat anfänglich ein eigentliches hypothekarisches, zinstragendes Wertpapier, dem nationales Besitztum von 400 Millionen Livres als solide Hinterlage diente.

Allein schon bald wurden keine Zinsen mehr ausbezahlt, und nach der ersten 400 Millionen-Ausgabe wurden ohne Unterlaß neue Millionen in den Verkehr geworfen. Im Jahr 1796 betrug der Gesamtbetrag 49 Milliarden, aber schon 1792 waren die Assignate um mehr als 50% abgewertet.

Um den Kredit des revolutionären Frankreichs zu schädigen, wurden in den feindlichen Ländern, besonders in England, falsche As-

signate fabriziert und auch die Schweiz damit überschwemmt. Hunderte von Briefen in den Papieren Barthélemys befassen sich mit dieser wahren Kalamität. Bald schon nach seiner Einreise in die Schweiz mußte der neue Gesandte verlangen, daß in Genf und Basel Kontrollstellen für die Assignate errichtet werden. Falsches Papiergeld zirkulierte namentlich in den Grenzorten mit Frankreich, besonders in der Westschweiz. Einmal geriet Luzern in den Verdacht, hinter seinen Mauern eine Fabrik für falsche Assignate zu bergen. Der gerichtliche Untersuch bewies aber die völlige Haltlosigkeit der Anschuldigung. Wie schwer das Vergehen, falsche Assignate zu fabrizieren und in Umlauf zu setzen, beurteilt wurde, das beweisen der Text der folgenden Briefe, sowie der Umstand, daß Barthélemy verpflichtet war, den Vorfall nach Paris zu melden.

Er schreibt am 29. November 1793 an den Bürger Minister Deforgues: «Im Augenblick empfangen ich einen außerordentlichen Kurrier, den die Regierung von Genf mir sendet, um mir einen Brief zu übergeben, dessen Kopie ich beilege. Ich beeile mich, den Bürger la Quiante nach Luzern zu schicken, mit allen Dokumenten versehen, die ich von Genf erhalten habe. Durch ihn schreibe ich an die Behörden des Staates und ersuche sie, gegen Lottinger und Ronca alle Maßnahmen zu ergreifen, die das Interesse der französischen Nation erheischt, um die Quelle des infamen Handels aufzudecken, den sie sich erlauben, und die Schuldigen zu bestrafen. Ich zähle auf den guten Willen des Kantons Luzern und hoffe, daß er nichts unterläßt, auf würdige Weise ein so verbrecherisches Delikt zu rächen, das ihn ebensosehr beleidigt wie uns. Der Bürger la Quiante kennt sich in falschen Assignaten nicht aus, ich auch nicht, und vielleicht niemand in Luzern, ausgenommen das schuldige Haus, das wir verfolgen werden. Dieser Umstand kann Verlegenheiten bereiten. Ich erinnere auch daran, daß ich mehrere Male deinem Vorgänger die Notwendigkeit betont habe, in den hauptsächlichsten Städten der Schweiz Kontrolleure für Assignate einzusetzen.»

Vom Brief aus Genf ist nur ein Auszug mit dem Datum des 26. November vorhanden.

«Wir haben gestern einen Privaten verhaftet, der für einen ziemlich beträchtlichen Betrag Assignate ausgab, die als falsch befunden wurden. Er hat sie vom Bürger Lottinger erhalten, Commis bei dem Bürger Anton Ronca. Negotiant in Luzern, der sich anbietet, noch

einige Tausend solcher zu schicken. Wir zweifeln nicht, daß an jenem Ort eine Quelle und vielleicht eine Fabrik von falschen Assignaten besteht.»

Am 3. Dezember ist der Vorfall bereits erledigt und Barthélemy berichtet das Folgende nach Paris:

«Der Bürger la Quiante ist hier zurück. Er übergibt mir einen Brief von Herrn Krus, amtierendem Schultheiß des Staates Luzern, ebenso ein Dokument der gerichtlichen Untersuchung durch den obersten Rat dieses Kantons infolge meiner Klage. Ich füge die Abschrift dieser zwei Dokumente bei. Du wirst sehen, daß in dieser Angelegenheit kein Luzerner schuldig ist, alles Üble kommt von London. Aus den Aufschlüssen, welche der Bürger la Quiante mir gebracht hat, geht wenigstens hervor, daß der Major Mahler von Luzern, der Schwager von Shirley in London ist, ein Banquier, wie ich glaube. Dieser sendet von Zeit zu Zeit Geld, um ihm zu helfen, in Luzern ein Haus zu bauen. Dieses Mal hat er ihm eine Menge Assignate (20 305 Pfund) geschickt, um die es sich handelt, indem er ihm angab, er könne sie in Luzern verwerten. Der Brief wurde im luzernischen Rat vorgelesen. Der Major hat diese Assignate dem Commis Lottinger zum Wechseln übergeben, und dieser hat sie in dieser Absicht nach Genf geschickt. Vor dem Rat hat der Commis protestiert, er besitze keine andern Assignate, obwohl ein Brief, den er nach Genf gesandt, das Gegenteil auszusagen schien. Nach einer langen Unterhaltung mit ihm scheint la Quiante von seinem guten Glauben überzeugt zu sein. Aber wenn man Ursache zu Verdacht hätte, wäre es schwierig, weitere Nachforschungen anzustellen, da die Genfer Affaire in Luzern bereits vor der Ankunft von la Quiante bekannt war. Immerhin, wenn Lottinger ein Schuft ist, so ist seine Fährte aufgedeckt, und weder er noch sein Haus werden es wagen, sich dem schändlichen Handel hinzugeben, der sie notwendigerweise in einen schlechten Ruf bringt.»

«Der Staat Luzern hat hartnäckig darauf gedrungen und hat es auch erreicht, daß der Bürger la Quiante während seines Aufenthaltes in der Stadt aus öffentlichen Mitteln unterhalten wurde. Ich kann Dir nicht sagen, wie sehr dieser Umstand mich bedrückt. Diese arme Republik in Unkosten zu stürzen, hat etwas Demütigendes für uns, da wir ihr seit langer Zeit nichts von dem geben, was wir ihr schulden.»

EINE SCHLEICHHANDELSAFFAIRE

Beim Ausbruch der Revolution war das Brot in Frankreich nicht nur teuer, in den Städten war es sogar kaum mehr erhältlich. Dennoch war in jener Zeit die Ernte gut ausgefallen, aber die Besitzer und die Bauern hielten das Getreide zurück, sie mißtrauten dem Papiergeld. Als der Krieg ausbrach (April 1792), wurde der Lebensmittelmangel drückender, und der Konvent mußte größeren Städten erlauben, Millionen-Anleihen aufzunehmen, um den Bedarf an Getreide im Ausland zu decken. So wurde die Schweiz zuerst Ausfuhrland für die teilweise Versorgung des blockierten Frankreichs. Als sie sozusagen «ausverkauft» war an vorrätigen Lebensmitteln, Vieh und Rohstoffen, und die Kantone fürsorgliche Ausfuhrverbote erlassen mußten, begann (Mitte 1793) ein schwungvoller Schleichhandel mit Süddeutschland und Österreich, der mehr als drei Jahre andauerte. Der Verkehr ging von Basel direkt nach Frankreich, von Schaffhausen durch den Aargau nach Bern, Biel und den Jura nach der Freigrafschaft. Er gab Anlaß zu häufigen Reklamationen Österreichs und auch Frankreichs. Beide Länder waren genau informiert, denn in den genannten Grenzstädten stationierten geheime Agenten und Spione, die den Handel überwachten. Die Behörden in der Schweiz duldeten ihn stillschweigend, denn er brachte Geld in das Land.

Der Kanton Luzern scheint sich wenig bei diesem Handel betätigt zu haben, denn in den Papieren Barthélemys findet man nur ein einziges Dokument, aus dem ersichtlich ist, daß die kriegsführenden Länder dem Staate Luzern vorwarfen, durch Getreideausfuhr den Feind zu begünstigen. Die Beanstandung erfolgte ungefähr ein halbes Jahr vor der Blütezeit des Schleichhandels. In diesem Dokument, einem längern Brief vom 15. Januar 1793 an den französischen Gesandtschaftssekretär Bacher, widerlegt General Pfyffer den Vorwurf, behauptet sogar, daß in der gerügten Angelegenheit «die Wagschale sich zu Gunsten Frankreichs neige», daß Luzern stets korrekt handeln und jeden Zwist vermeiden möchte. Er schreibt: «Es widerfährt uns ein großes Unrecht, wenn man uns vorwirft, Hafer zu verkaufen. Sie klagen über das gleiche wie der Kaiser von Österreich, der uns beschuldigt, solchen Frankreich zu liefern.»

«Ich will Ihnen erklären, wie es sich damit verhält, und unvoreingenommen die Sachlage überschauend, werden Sie sehen, daß — bei

striker Beobachtung der Neutralität — die Wagschale sich zu Ihren Gunsten neigt.»

«Herr von Wallis, der im Breisgau kommandiert, hat bereits drei Kommissäre zu mir geschickt, um Hafer zu kaufen. Stets wurde das Gesuch abgelehnt, obwohl der letzte Beauftragte nur 300 Säcke verlangte. Hätte man die Ausfuhr gestattet, wären bei dieser Gelegenheit wohl 3000 Säcke über die Grenze geschafft worden. Wir hätten nämlich ein doppeltes Interesse gehabt, entgegenkommend zu handeln: 1. Weil der Breisgau und das Schwabenland uns in Jahren schlechter Ernte mit Korn versorgen. Der Kommissar berief sich mit Recht auf dieses Argument. 2. Weil der Handel mit Hafer frei ist und daher jedermann solchen verkaufen darf. Unsere Bauern sind unsere Schuldner, man muß ihnen den Gelderwerb möglichst erleichtern, damit sie uns bezahlen können, ganz besonders in Zeiten, wo Frankreich, anstatt mit klingender Münze, uns mit Papier bezahlt. Kurz und gut, man hat den Kommissar abgewiesen, nur damit Frankreich uns keine Vorwürfe machen kann. Der Kommissar hat sich auch beklagt, daß wir sehr große Mengen Hafer in das Elsaß liefern. Die Tatsache stimmt. Darauf antworteten wir, das geschehe ohne unser Wissen, das könne durch den Schleichhandel geschehen. Es ist bekannt, daß unsere Weinfuhrleute auf der Leerfahrt nach dem Elsaß Hafer aufladen unter dem Vorwand, er sei für ihre Pferde bestimmt. Die Elsässer bezahlen ihn in Bargeld, und sehr teuer, oder machen ein Tauschgeschäft mit ihrem Wein. Diesbezüglich drücken wir ein Auge zu, nicht in der Absicht, Frankreich zu begünstigen, sondern, weil es in unserm Interesse ist, die Bauern zu begünstigen.»

«Wir sagten auch dem österreichischen Kommissar, wir hätten diesen Export bisher weder verboten noch erlaubt, da ja der Hafer ein Tauschmittel der Kaufleute ist. Alsdann versuchte er, unter der Hand solchen im Kanton zu bekommen. Vergeblich, denn hier zieht man unsere Luzerner-Fuhrleute vor, die für ihre Kunden und Korrespondenten im Elsaß einkaufen. Dabei finden sie viel mehr Profit, als wenn sie nach Deutschland ausführen. Es kann sein, daß auch etwas Hafer nach diesem Land geschmuggelt wird, aber wir sorgen dafür, daß dieser Handel unbedeutend bleibt.»

«Das ist das Wahre an dieser Geschichte, denn hätte uns die Furcht, mit Frankreich in Zwist zu geraten, nicht Zurückhaltung auferlegt,

hätten wir dem Kommissar Gehör geschenkt, um deutsche Gulden zu erhalten.»

«Wir wissen, daß Zürich und das Freiamt auch viel Hafer nach Frankreich ausführen. Soeben erfahre ich, daß der Kanzler des Freiamtes viel Hafer kauft. Es ist mir nicht bekannt, ob er ihn nach Frankreich oder Deutschland verkauft, aber ich weiß, daß die Luzerner-Bauern an der Grenze des Freiamtes ihm Hafer durch unsern kleinen Distrikt Schongau zuführen. Um all diesen Schmuggel zu unterdrücken und unser korrektes Handeln zu beweisen, hat der Staat Luzern soeben dem Getreidedirektor befohlen, allen vorrätigen Hafer im Kanton aufzukaufen und in unsern Magazinen aufzuspeichern.»

KORRESPONDENZEN

DIE BRÜDER FRANZ-BERNHARD UND MAURUS MEYER VON SCHAUENSEE BETREFFEND

Franz-Bernhard orientiert Barthélemy über die politische Lage der Schweiz an der Jahreswende 1793

Der Brief, den Meyer von Schauensee am 25. Dezember an Barthélemy richtete, verlangt einige historische Erläuterungen.

Seit dem 20. April 1792 befand sich Frankreich im Krieg mit Österreich, das bald von Preußen sekundiert wurde. Der Kampf entbrannte an den Grenzen Frankreichs, dehnte sich nach Belgien und bis in die Niederlande aus. Er blieb zuerst unentschieden: Erfolge und Niederlagen auf beiden Seiten.

Durch diesen Krieg bekam die neutrale Schweiz für England eine erhöhte politische Bedeutung, und am 12. Mai 1792, mit Amtsantritt im Oktober, wurde Lord Robert Fitz-Gerald zum Gesandten in Bern ernannt, wo bisher ein Geschäftsträger, die wenig regen diplomatischen Beziehungen bewältigt hatte.

Der Name Fitz-Gerald erregte höchstes Aufsehen, denn er gehört einer der berühmtesten Familien Irlands an, die in ihrer engern Heimat wie auch in England eine hervorragende Rolle gespielt hat. Wohl war der neue Gesandte ein hochadeliger, aber kein erfahrener Diplo-

mat. Aus einer untergeordneten Stellung heraus versetzte man ihn an einen verantwortungsvollen Posten; da hätte er sein Genie oder wenigstens sein Talent offenbaren können. Aber er war den Anforderungen nicht gewachsen, er besaß nur den Nimbus seines Namens. Das einzige Mal, wie wir sehen werden, wo er aufsehenerregend auftrat, war ein Mißerfolg. Sein hoch überlegener Gegner, Barthélemy, urteilte über ihn: «C'est au reste peu de chose que ce ministre; il est fort insignifiant»²⁶.

Am 21. Januar 1793 fand die Hinrichtung Ludwigs XVI. statt. Um diese hätte sich England wenig gekümmert, aber damals stunden die Soldaten des revolutionären Frankreichs in Antwerpen, und seit den Zeiten Ludwigs XIV. und Ludwigs XV. erwiesen sich die Briten als die hartnäckigsten Verteidiger Belgiens und der Niederlande. Der Königsmord wurde der Anlaß, der eindrucksvolle Vorwand zum Ausbruch des unabwendbaren Konfliktes. England verbündete sich mit Österreich und Preußen, so fand die erste Koalition ihre Führung und zugleich eine fast unerschöpfliche Kriegskasse.

Die Vorgänge, die den Brief Meyers von Schauensee veranlaßten, fallen in die zweite Hälfte November 1793.

Am 17. dieses Monats hielt Robespierre eine große Rede über die äußere Politik, und im Anschlusse daran erschien ein Dekret des Wohlfahrtsausschusses über die freundschaftlichen Beziehungen Frankreichs zu «den beiden freien Völkern», den Amerikanern und den Schweizern, denen feierlich Achtung vor den Verträgen zugesichert wurde. Das bedeutete für die Schweiz die Anerkennung ihrer Neutralität durch die französische Republik. Als Antwort auf diese Gunstbezeugungen des Konvents für die Schweiz und als Dämpfer der Befriedigung, die sie auslösten, veröffentlichte Fitz-Gerald ein heftiges Manifest gegen die Königsmörder, mit der deutlichen Einladung an die Schweizer, ihre Neutralität aufzugeben oder mindestens jeden Verkehr mit Frankreich abubrechen.

Meyer von Schauensee schildert die etwas gedrückte politische Stimmung, die damals, nach der Kundgebung Fitz-Geralds, die öffentliche Meinung der Schweiz beherrschte, gibt aber auch dem festen Willen Ausdruck, das bisher befolgte System der Neutralität nicht aufzugeben.

²⁶ Barthélemy an Deforgues, 9. September 1793.

Der Brief Meyers von Schauensee ist datiert vom 25. Dezember 1793. Barthélemy sandte ihn bereits am 29. Dezember an den Außenminister Desforgues. Das nun folgende Dokument ist eine Abschrift davon und trägt in der Sammlung der Manuskripte die Aufschrift «Extrait d'une lettre de Mr. Meyer de Schauensee au citoyen Barthélemy».

Luzern, 25. Dezember 1793.

«Ich befürchte nicht, Ihre Zeit zu mißbrauchen, indem ich Sie über mein Vaterland unterhalte. Fitz-Gerald hat sehr bald durch sein Manifest das Dekret vom 27. November angegriffen, und ich fürchte, daß diese Schmähchrift irgendwie die heilsamen Wirkungen abschwächt, die Frankreich durch sein Dekret zu erlangen wünschte. Ihre Exzellenz wird schon Gelegenheit gehabt haben, zu beobachten, daß die Schweizer furchtsame Politiker sind. Die Kleinheit unseres Staates, die Unsicherheit der Ereignisse, die Sorge für die Erhaltung unserer Existenz rechtfertigen vollkommen, wie es mir scheint, unsere Haltung. Mit peinlicher Sorge alles vermeiden, was mißfallen kann, und die Geschäfte in die Länge ziehen, das ist der Grundsatz, den unser Staat in seinen Beziehungen zu Europa beobachtet. Wir wissen, daß die Note von Herrn Fitz-Gerald uns für den Augenblick wirklich nicht bedrohen kann, da England zu weit von uns entfernt ist, um Drohungen auszuführen. Auch der Kaiser wird es noch nicht wagen, eine feindliche Miene aufzusetzen, weil ihm bekannt ist, daß wir im schlimmsten Fall einen Seitenangriff in das Tirol oder in die Lombardei machen könnten, was mörderisch würde. Aber die Sachlage wäre sofort ganz anders, wenn der Kaiser das Elsaß eroberte. Und was garantiert uns die Unmöglichkeit dieser Unternehmung? Das ist also der Grund, welcher der englischen Note etwas Gewicht verleiht und uns zwingen wird, die wirklichen Gefühle der Freude, die das Dekret vom 27. November in uns erweckt, einzudämmen.»

Hierauf erwähnt Meyer von Schauensee die folgenden bedrohlichen Tatsachen für die Schweiz:

1. Die Garantie der schweizerischen Neutralität durch den Kaiser, die aber mit zweideutigen Vorbehalten verbunden war²⁷.

²⁷ Osterreich machte Anspruch auf gewisse Territorien in Graubünden und im Veltlin.

2. Die Grenzverletzungen in Graubünden und im Veltlin²⁸.
3. Das Vorgehen Englands im Mittelmeer²⁹.
4. Das Verbot, Getreide und andere Lebensmittel aus Schwaben auszuführen.
5. Die bedeutsame Äußerung des Präsidenten der Regentschaft von Freiburg, der die Neutralität der Schweizer eine *freundschaftliche Neutralität* nennt.

Daraus schließt er: «Alles das verrät uns, wie wenig freundschaftlich uns gegenüber die Stimmung der Koalition und besonders des Kaisers ist. Alles kündigt uns an, daß wir unserm Schicksal nur dank der Tapferkeit Frankreichs entgehen werden und der guten Harmonie zwischen unsern beiden Nationen. Diese Überlegungen können einem Schweizer nicht gleichgültig sein; so scharf prononcierte Interessen werden uns hindern, vom Wege abzuweichen, den die Sachlage uns vorzeichnet. Ich glaube nicht, daß wir so leicht das System der Neutralität aufgeben werden, und ich bin im Innersten überzeugt, daß wir im gegebenen Augenblick viel eher das schöne Beispiel des kleinen Genuas nachahmen werden als das des feigen Herzogs der Toskana»³⁰.

Dieser sorgfältig ausgedachte und durchgefeilte Brief von Franz-Bernhard Meyer über die politische Lage der Schweiz an der Jahreswende 1793 mag wohl aus Dankbarkeit für die Bemühungen Barthélemys abgefaßt worden sein, der sich bereits tatkräftig für den im September 1793 in Frankreich verhafteten Maurus Meyer verwendet hatte. Sein geheimer Zweck war aber, den Gesandten von neuem daran zu erinnern. Seit Monaten war Franz-Bernhard ohne Nachrichten von seinem Bruder, von qualvoller Ungewißheit gepeinigt. Das erklärt den nachstehenden gänzlich unerwarteten Notschrei, mit dem der lange politische Brief endigt:

²⁸ Anspielung auf die Gefangennahme zweier französischer Diplomaten durch Österreich in Novate, im Veltlin, Ende August 1793.

²⁹ Die Ankunft der Flotte des Lord Hood im Mittelmeer und die darauffolgende Besitznahme von Toulon, Ende August 1793.

³⁰ In Florenz hatte der englische Gesandte beim Herzog die Ausweisung der französischen Gesandtschaft erzwungen durch die Drohung, Lord Hood werde mit der Flotte Livorno bombardieren. Das kleine Genua widerstand dagegen den Forderungen des Admirals Drake, dafür ließ dieser eine im Hafen stationierte französische Fregatte angreifen und die Mannschaft töten oder gefangen nehmen.

«Haben Sie mir denn nichts zu sagen, was meine Hoffnung auf-
richten könnte aus der tiefen Niedergeschlagenheit, in die mich das
erschreckende Stillschweigen meines Bruders versetzt? Haben Sie gar
keine Antwort vom Minister, von den Vertretern des Volkes bei der
Armee der Ost-Pyrenäen?»

Diese Schlußzeilen sollen überleiten zum nächsten Abschnitt, der
einige Dokumente enthält, welche sich auf die Gefangenschaft von
Maurus Meyer beziehen³¹.

KORRESPONDENZEN FÜR DIE BEFREIUNG VON MAURUS AUS DER GEFANGENSCHAFT

In Band 80 des Geschichtsfreundes sowie im Innerschweizerischen
Jahrbuch für Heimatkunde 1951/52 findet man Aufschluß über das
Leben und die Bedeutung der beiden Brüder Franz-Bernhard und
Maurus Meyer von Schauensee. Die Forschungen Dommans sind im
Band 108 des Geschichtsfreundes ergänzt worden durch Dokumente
aus den «Archives nationales» in Paris.

Die folgenden Briefe und Briefauszüge, die sich in den Papieren
Barthélemys befinden, stammen aus der Zeit der elf Monate dauern-
den Haft von Maurus Meyer und betreffen die wiederholten Bemü-
hungen, ihn daraus zu befreien. Sie geben keine lückenlose Darstel-
lung der gemachten Anstrengungen, es sind nur Teilstücke aus den
diesbezüglichen Korrespondenzen, sie enthalten Einzelheiten zu be-
reits bekannten Tatsachen.

Das erste dieser Dokumente nach der Zeitfolge ist ein Brief Bar-
thélemys an den Außenminister Deforgues vom 29. September 1793,
worin er diesen mit der Familie Meyer von Schauensee bekannt macht
und ihm empfiehlt, sich für die Befreiung von Maurus zu verwenden,
dessen Verhaftung er soeben durch einen Brief von Franz-Bernhard
erfahren habe. Es ist bemerkenswert, mit welchem Nachdruck Bar-
thélemy Partei nimmt für den verhafteten Schweizeroffizier, den er

³¹ Ein zweiter politischer Brief von Franz-Bernhard Meyer (17. September
1794) befindet sich in den Papieren Barthélemys. Er ist belanglos und berichtet
kurz über einen Besuch Fitz-Geralds in Luzern (12.—14. September 1794).

in Paris persönlich kennen gelernt hat, und wie sympathisch er die Interessen der frankreichfreundlichen Familie Meyer vertritt. Der Brief lautet:

«Die Familie Meyer, Bürger Minister, hat sich in ihrem Kanton Luzern durch die Talente ausgezeichnet, die sie in den hauptsächlichsten Ämtern des Staates entwickelt hat. Aber sie ist auch in der ganzen Schweiz hochgeschätzt wegen ihrer glühenden Liebe zur Freiheit und zum Vaterland. Ich kann Ihnen versichern, daß wir ihr wirklich verpflichtet sind. Der Bürger (Maurus) Meyer, das sehr würdige Mitglied dieser Familie, war Offizier im ehemaligen Regiment der Schweizergarde. Da seine Grundsätze nicht mit denjenigen seines Korps übereinstimmten, verließ er es am Anfang unserer Revolution und trat in die französische Armee ein, in welcher er fortfuhr, mit Eifer und grenzenloser Hingebung zu dienen. Der französischen Nation und der glorreichen Sache, für die er streitet, bringt er die Anhänglichkeit und die Leidenschaft entgegen, welche die echten Schweizer ihr schulden.»

«Ich kenne diesen Offizier und weiß durch die Briefe, die er mir durch seine Verwandten zusandte, daß er keinen Augenblick von seinen Gefühlen der Begeisterung für das französische Volk abgewichen ist. Nun ist er soeben verhaftet worden. Ich bin weit entfernt vom Ort, wo dieses Unglück ihn ereilt hat. Indessen würde ich nicht zögern zu behaupten, daß dies nicht nur für seine Familie, sondern auch für die Sache der Freiheit ein Gegenstand tiefer Betrübniß ist.»

«Sein Bruder, ein ebenso glühender wie aufgeklärter Patriot, hat mir soeben seinen Kummer im beiliegenden Brief bezeugt. Gleichzeitig schickt er mir die Kopie des Briefes des Gefangenen und das Original der Antwort, die er ihm sandte. Ich wage, Ihnen alles zu unterbreiten, und ersuche Sie, sich für diesen achtbaren Fremden zu verwenden, damit dieser Offizier zu seinen ihm ergebenen Soldaten der Pyrenäen-Armee zurückkehren kann. Sie werden eine Schweizerfamilie, die sich um Frankreich verdient gemacht hat, glücklich machen.»

Ich vergesse nicht, daß es mir nicht erlaubt ist, Ihnen andere Briefe zu schicken als solche, die für Sie oder Ihre Bureaux bestimmt sind. Als Beilage und Beweismaterial übermache ich Ihnen den Brief, welchen Herr Meyer von Luzern aus an seinen Bruder schreibt. Mögen Sie die Angelegenheit entgegenkommend behandeln.»

Kaum hatte Barthélemy seinen Brief mit der Beilage an Desforgues abgesandt, erhielt er ein zweites Schreiben von Franz-Bernhard Meyer, worin dieser neue Gründe angibt, damit man Maurus sobald als möglich befreie. Sie sind in einer unvollständigen Kopie des Schreibens enthalten, unter der Überschrift «Auszug aus einem Brief von Franz-Bernhard Meyer an Barthélemy vom 2. Oktober 1793.

«Was unsere Familie betrifft, haben Sie vielleicht vernommen, welche Aufregung in unserer Stadt entstand, als mein Bruder in den Dienst der Nordarmee eintrat. Das Gezeter feindlicher Leute war so stark, daß ich das Schlimmste für ihn befürchtete. Obwohl heute wieder Ruhe herrscht, habe ich doch gewisse Beweise, die mich überzeugen, daß man nichts vergißt und nichts verzeiht, wenn jemand gegen Meinungen anstößt in einer Zeit, wo die Spannung der Gemüter so groß ist.»

«Diese Überlegung erlaubt mir, zu versichern, daß, wenn die Verhaftung meines Bruders in unserer Stadt bekannt würde, ich mehr als eine Unannehmlichkeit und vielleicht mehr als ein Unglück zu erwarten hätte, das auf uns hereinbrechen könnte. Gleichzeitig würde diese Angelegenheit einen neuen Beweggrund bilden, um unsern Staat in eine politische Richtung zu treiben, die ebenso sehr unseren Interessen wie denjenigen Frankreichs entgegengesetzt wäre. Ich kenne unsere Lage. Ich weiß, daß unser Vaterland von allen Seiten aufgewühlt wird. Oft braucht es nur einen Tropfen, und der Becher läuft über. Das Argument ad hominem hat häufig mehr Kraft als eine Kette von Schlüssen, die man von den Tatsachen ableitet. Dieses sei Ihnen gesagt, nicht als Fürsprache für meinen Bruder, denn ich bin von seiner Unschuld und seiner Rechtschaffenheit überzeugt, und es täte mir leid, wenn er seine Befreiung nur äußeren Umständen zu verdanken hätte. Wenn ich Ihnen davon sprach, war es nur, um Sie zu überzeugen, daß ich Gründe habe zu fürchten, seine Gefangennahme werde vor seiner Befreiung bekannt.»

Am 6. Oktober 1793 sandte Barthélemy den Brief von Franz-Bernhard Meyer an Desforgues mit folgendem Begleitschreiben:

«Ich habe Ihnen am 29. letzten Monats wegen des Bürgers Meyer von Luzern geschrieben, der bei der Pyrenäen-Armee verhaftet worden ist. Vorgestern habe ich meinem Paket für Hüningen³² einen Brief

³² Die diplomatische Post Barthélemys nahm von Baden den Weg über Basel und Hüningen nach Paris.

seines Bruders an Ihre Adresse beigefügt, und heute sende ich Ihnen einen solchen, den er an mich geschrieben. Seine Bemerkung von der verheerenden Wirkung, welche die Nachricht von der Verhaftung seines Bruders, wenn sie bekannt würde, auf Kosten unserer Interessen in Luzern ausüben würde, ist so wahr und so frappant, daß es mir sehr wichtig scheint, alle Mittel aufzubieten, damit die Grundsätze des Bürgers Meyer erforscht und festgestellt und er in Freiheit gesetzt wird, wenn er sie, wie ich glaube, nicht verleugnet hat, weil er sie ja unter Einsatz von Leib und Gut öffentlich bekannt hat. Folglich schreibe ich an die Vertreter des Volkes bei der Armee der Ost-Pyrenäen einen Brief, dessen Abschrift ich hier beifüge. Wollen Sie mir helfen?»

Als Antwort auf seinen Brief an die Volksvertreter bei der Armee der Ost-Pyrenäen erhielt Barthélemy einen lakonischen Bericht, datiert vom 27. Dezember 1793:

«(Bürger). Wir haben Ihren Brief erhalten und beeilen uns, ihn zu beantworten. Wir wissen nicht, welches Verhängnis die Ursache ist, daß der Bürger Meyer, Generaladjutant bei unseren Armeen, nicht in Freiheit ist. Wir haben dem Generalstab Befehle erteilt, ihn zu befreien. Wenn es noch nicht geschehen, wird es bald geschehen.»

(Unterzeichnet: Gaston Cassanges)

Nach dieser hoffnungserweckenden Nachricht vergingen aber wieder Monate ohne irgendein Lebenszeichen von Maurus, so daß sich Barthélemy am 9. Mai 1794 nochmals an den Volksvertreter Cassanges wandte.

«(Bürger Vertreter), Ich erinnere Dich an das, was Du mir vor vier Monaten wegen Meyers von Schauensee von Luzern geschrieben hast. Der Brief hatte Hoffnung und Trost in eine Luzernerfamilie gebracht, die besondere Teilnahme erweckt durch ihre patriotischen Gefühle, ihre Freiheitsliebe und die Art, wie sie ihren Einfluß im Kanton geltend macht. Aber seither hat nichts ihre drückenden Sorgen verscheucht. Sie hat gar keine Nachricht von Offizier Meyer, sie weiß nicht, ob er die Freiheit wieder erlangt hat, oder ob dieser brave Schweizer, der alles für die Freiheit der französischen Nation geopfert hat, noch im Gefängnis von Perpignan schmachtet. Ich habe nach mehreren Seiten geschrieben und schreiben lassen, um zu vernehmen, was mit ihm geschehen ist. Wir erfahren nichts, man antwortet nicht. Ich ersuche um neue Nachforschungen.»

Diesem dringlichen Gesuch Barthélemys verdankt wahrscheinlich Maurus Meyer seine langerwartete Entlassung aus der Gefangenschaft (12. Juli 1794). Endgültig sprach ihn dann Anfangs September ein Militärgericht frei von jeder Schuld, worauf er wieder seinen frühern militärischen Posten einnehmen konnte.

Aber all das blieb in Luzern unbekannt, denn die Nachrichten, die Maurus nach seiner Befreiung sandte, erreichten nie die Schweiz.

Da eilte im Dezember Franz-Bernhard selbst nach Paris, um Nachforschungen anzustellen. Das folgende Dokument aus den Papieren Barthélemys bildet den Schluß in der Angelegenheit von Maurus Meyer.

Colchen, Bureauchef im Ministerium des Äußern an Barthélemy, 24. Dezember 1794.

«Die Herren Meyer von Schauensee und Fellenberg³³ sind erst vor vier oder fünf Tagen angekommen. Dem erstgenannten habe ich die zwei Briefe seines Bruders übergeben. Seine Freude, endlich von ihm Nachricht erhalten zu haben, ist äußerst groß. Er schien ganz gerührt, daß Sie sie ihm schneller zukommen ließen. Ich habe ihm versprochen, Ihnen seinen erkenntlichsten Dank auszusprechen. Er hat Sieyès, Garat und Miot besucht und ist gut empfangen worden³⁴.

³³ Der bekannte Philanthrop, Erzieher und Politiker Philipp-Emanuel von Fellenberg.

³⁴ Der Abbé Sieyès spielte 1789 eine führende politische Rolle, war einer der Gründer des Jacobinerklubs und seit 1792 Mitglied des Konvents. Garat und Miot waren Schriftsteller und Politiker. Garat figuriert 1793 als Justizminister, Miot als Generalsekretär des Außenministers.